

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

249 (24.10.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Freil Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Mittwoch, den 24. Oktober 1951

Nr. 249

Das Volk soll nun entscheiden

Die Begründung durch das Bundesverfassungsgericht - Es bleibt bei vier Stimmbezirken
Landtage von Freiburg und Tübingen seit Mai aufgehoben

Karlsruhe (ZSH). Im Namen des Volkes verkündete der Vorsitzende des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts, Vizepräsident Dr. Rudolf Katz, am Dienstag vormittag die mit größter Spannung erwartete Entscheidung über die südbadische Klage gegen die vom Bund erlassenen Neugliederungsgesetze. Das Gericht erklärte das erste Gesetz über die Verlagerung der Wahlperioden der Landtage von Freiburg und Tübingen für nichtig. Mit Ausnahme einiger Bestimmungen wurde jedoch das zweite Neugliederungsgesetz als gültig anerkannt. Die Volksabstimmung über den Südwesstaat hat bis spätestens 16. Dezember 1951 stattzufinden.

Das erste Gesetz zur Neugliederung der drei südwestdeutschen Länder stellt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts einen „Verstoß gegen den Grundsatz der Demokratie und gegen den bundesstaatlichen Charakter der Bundesrepublik“ dar. Diese Prinzipien seien jedoch für den Bundesgesetzgeber bindend. Infolge der Nichtigkeitsklärung dieses Gesetzes hat die Wahlperiode des Landtags von Baden am 29. Mai 1951 und des Landtags von Württemberg-Hohenzollern am 18. Mai 1951 geendet, da „Zweckmäßigkeitserwägungen eine Abweichung von den Prinzipien des Grundgesetzes niemals rechtfertigen.“ Obgleich aber nun seit Mai dieses Jahres in den genannten Ländern keine verfassungsmäßigen Landtage mehr bestehen und dadurch eine schwierige Lage eingetreten ist, hat das Bundesverfassungsgericht trotzdem die von den beiden Landtagen inzwischen verabschiedeten Gesetze und Beschlüsse bestätigt. Den Ländern wurde jedoch zur Auflage gemacht, unverzüglich die Bildung neuer Landtage in Angriff zu nehmen.

Das zweite Neugliederungsgesetz über die Volksabstimmung in den drei südwestdeutschen Ländern hat sich nach dem Urteil des Gerichts „im Rahmen der vom Artikel 119 des Grundgesetzes gezogenen Grenzen gehalten“. Das Grundgesetz verbiete zwar die Umwandlung des Bundesstaates in einen Einheitsstaat, garantiere aber andererseits nicht den gebietsmäßigen Fortbestand der heutigen Länder. Der Standpunkt Badens, daß dieses Gesetz die demokratischen Prinzipien der Gleichheit verletze, könne nicht aufrechterhalten werden, zumal völkerrechtliche Normen auf das Verhältnis von Bund zu den Ländern im vorliegenden Fall keine Anwendung finden könnten.

Für nichtig erklärt wurden die Paragraphen 14, Absatz 5, 15, 24 Absatz 5 und 27

Absatz 2 dieses Neugliederungsgesetzes. Sie umfassen Vorschriften für die staatsrechtliche Überleitungsperiode, die u. a. der Verfassungsgebenden Versammlung für die Dauer von längstens zwei Jahren die Befugnisse eines Landtags übertragen. Zum Erlaß technischer und organisatorischer Vorschriften solcher Art ist nach Auffassung des Gerichts der Bundesgesetzgeber nicht befugt, zumal es sich um Übergangsbestimmungen handelte, die erst nach der Volksbefragung, und zwar ohne Rücksicht auf deren Ausgang, hätten angewendet werden sollen.

Die im Gesetz vorgesehene Einteilung der drei Länder in vier Abstimmungsbezirke (Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden) bleibt aufrechterhalten. Stimmberechtigt sind alle Bewohner der drei Länder, die am 16. September 1951, dem ursprünglichen Abstimmungstermin, die Voraussetzungen der Wahlberechtigung erfüllt haben. Die erste Frage bei der Abstimmung hat zu lauten, ob die Bevölkerung der Bildung des Südwesstaates wünscht. Die zweite Frage nach der Wiederherstellung der alten Länder soll den Wähler nur dar-

auf hinweisen, welche Folgen sich ergeben, wenn der Südwesstaat nicht zustande kommt.

Der Bundesinnenminister hat den Tag der Abstimmung bis spätestens 16. Dezember 1951 anzuberaumen. Bei dem bevorstehenden Abstimmungskampf darf nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Rechtsgrundlage der Volksbefragung nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Die Entscheidung über die Neugestaltung im südwestdeutschen Raum — so schloß Vizepräsident Dr. Katz seine Ausführungen — liege nun bei der Bevölkerung. Für beide Gruppen in diesem Ringen sei nun der Tatbestand gegeben, daß sie den Kampf sachlich austragen könnten.

Vizepräsident Dr. Katz unterstrich nach der Urteilsverkündung in einer Pressekonferenz, daß die Entscheidung seines Senats nicht durchkreuzt werden könne; sie sei unumstößlich. Es könne nicht mehr mit dem Argument gearbeitet werden, der Abstimmungskampf werde auf einer zweifelhaften Rechtsgrundlage durchgeführt. Im Gegensatz zu der Auffassung Südbadens habe das Urteil ausdrücklich festgestellt, daß die alten Länder Baden und Württemberg nicht mehr bestehen.

Erstes Echo: Zustimmung und Kritik

Maier: Hoffentlich keine Störung mehr

Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier gab der Ansicht Ausdruck, Staatspräsident Wobler habe gegenüber Württemberg-Hohenzollern und auch gegenüber seinem eigenen Lande einen Teilerfolg erzielt. Südbaden und Württemberg-Hohenzollern würden sich auf Grund des ergangenen Urteils nun bemühen müssen, durch entsprechende staatsrechtliche Maßnahmen die Rechtsgültigkeit ihrer Volksvertretungen in Ordnung zu bringen. Gegenüber dem Lande Württemberg-Baden jedoch, so betonte Dr. Maier, sei Staatspräsident Wobler vollständig unterlegen. Seine staatsrechtlichen Auffassungen seien vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden. Es sei zu hoffen, daß das Land Südbaden von jetzt an weitere Störungsversuche unterlasse und der Volksabstimmung vom 16. Dezember keine neuen Schwierigkeiten bereite.

Landtagspräsident Keil bezeichnete als entscheidend die Tatsache, daß das Verfassungsgericht die getrennte Auswertung des Ergebnisses der Volksabstimmung in vier Landesbezirken nicht beanstandet habe. Dadurch, daß der Südwesstaat als beschlossene Sache wenn er in drei Bezirken die Mehrheit erhalte, werde verhindert, daß ein einzelner der vier Bezirke den drei anderen seinen Willen aufzwingen.

Der Landesvorsitzende der CDU in Nordwürttemberg, Simpfendorfer, vertrat die Ansicht, daß an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes niemand eine reine Freude haben könne. Durch das Urteil sei eine Reihe von schwierigen Problemen aufgeworfen worden, wie zum Beispiel die Tatsache, daß Württemberg-Hohenzollern und Südbaden seit der Verkündung keinen Landtag mehr hätten.

Wobler: Jetzt muß das Volk entscheiden
Der badische Staatspräsident Wobler sagte zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, es sei für die badische Regierung eine Genugtuung, daß sie sich mit ihrer Auffassung über das erste Neugliederungsgesetz durchgesetzt habe. Das gleiche gelte auch für das zweite Neugliederungsgesetz, bei dem das Bundesverfassungsgericht in einzelnen Bestimmungen ebenfalls die badische Auffassung als zutreffend anerkannt habe. Bedauerlich sei allerdings, daß sich Baden hinsichtlich der Auswertung der Stimmen bei der Volksabstimmung nicht habe durchsetzen können. Im übrigen, betonte der Staatspräsident, werde nun das Volk zu sprechen haben, von dessen Entscheidung noch manches abhängen.

Der Präsident des südbadischen Landtages, Dr. Person, meinte, die badische Bevölkerung solle nun zeigen, was sie könne. Er habe die Bevölkerung stets vor dem Südwesstaat gewarnt. Möge kommen, was wolle, er jedenfalls wolle nicht zu denen gehören, „welche die Leute in den Südwesstaat treiben“.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sei das „Todesurteil für die Verschleppungspolitik Woblers“, erklärte der Landesvorsitzende der südbadischen SPD, Richard Jäckle. Der Bevölkerung sei nun die Möglichkeit gegeben, sich ihre Zukunft selbst zu gestalten. Jäckle wies darauf hin, welche staatsrechtlichen Schwierigkeiten durch die „Rechtshaberei“ Woblers für Südbaden entstanden seien, nachdem der Landtag nunmehr seit dem 28. Mai nicht mehr bestünde. Das von allen Parteien beschlossene Verlängerungsgesetz wäre die zweckmäßigste Lösung gewesen, um aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Wobler habe es aber vorgezogen, auszuweichen, um für das angebliche Recht zu strei-

ten. Er habe eines nicht erreicht als unnötige Kosten und Sorgen.

„Jetzt erst recht!“
„Jetzt erst recht!“ heißt es in einer Erklärung, in der die Arbeitsgemeinschaft der Badener einen heißen Abstimmungskampf in Nordbaden ankündigt. Das badische Volk könne das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die vier Abstimmungsbezirke bestätigt habe, nicht verstehen. Die Altbadener bedauerten, daß sich das Bundesverfassungsgericht nicht zu einer föderalistisch konsequenteren und demokratischeren Auslegung des Grundgesetzes entschlossen habe. Das badische Volk müsse sich damit abfinden, daß Südbaden nun majorisiert werden könne. Die Badener hätten das Recht haben müssen, über ihr Schicksal allein zu entscheiden.

Der Vorsitzende der südbadischen CDU, Anton Dichtel, bedauerte, daß das Bundesverfassungsgericht die Durchzählung der Stimmen nach den alten Ländern bei der Volksabstimmung ablehnte. Nach diesem Urteil werde künftig jede Art von Neugliederung über den Willen der Bevölkerung hinweg möglich sein. Der Vorsitzende der Freiburger FDP-Fraktion, Wilhelm Menges, sagte, er sei davon überzeugt, daß der Südwesstaat zustande kommen werde.

Urteil konnte gar nicht anders ausfallen
Der badische CDU-Abgeordnete und frühere Finanzminister Dr. Kaufmann erklärte, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hätte gar nicht anders ausfallen können. Wenn sich das Gericht der Ansicht Südbadens angeschlossen hätte, wäre der Artikel 29 des Grundgesetzes praktisch außer Kraft gesetzt worden. Die Entscheidung über das erste Neugliederungsgesetz stelle für die Südbadener einen Pyrrhussieg dar, der nun zwei Länder in die unangenehme Lage bringe, von heute an keinen Landtag mehr zu haben.

Der badische SPD-Abgeordnete und Wirtschaftsminister Veit gab seiner Befriedigung über das Urteil Ausdruck, zumal, da es die Legende von der angeblichen „Vergewaltigung Badens“ widerlegt habe.

Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Unser, hält es für besonders erfreulich, daß nunmehr „mit allen Spitzfindigkeiten aufgeräumt“ wurde. Die „weltfremde Konstruktion“ eines Landes wie Baden, das seit Jahren nicht mehr existiere, sei nunmehr endgültig ad absurdum geführt.

Der Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Heimerich, begrüßte das Urteil von Karlsruhe als eine „weise Entscheidung“. Der Oberbürgermeister von Weinheim, Dr. Engelbrecht, und Professor Dr. Schüle, Heidelberg, erklärten übereinstimmend, daß der Südwesstaat vom Gesichtspunkt der Wirtschaft und Verwaltung aus betrachtet, die beste Lösung für den südwestdeutschen Raum wäre.

Müller: Sieg des Rechts
Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Müller, stellte fest, die zum Schaden der Länder im südwestdeutschen Raum betriebene Politik der Verzergerung habe nunmehr ihre entscheidende Niederlage erlitten. Es sei jetzt Sache der abstimmungsberechtigten Bevölkerung, im Dezember ihre Stimme für den Südwesstaat abzugeben und damit der Idee zum Siege zu verhelfen. Für sie sich eine überwältigende Mehrheit schon in der Abstimmung vom 24. September 1950 ausgesprochen habe.

Die Freiburger Regierung sei in den Kernpunkten des Streites, der Einteilung von vier

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Sechs Jahre Vereinte Nation

Von UN-Generalsekretär Trygve Lie

Zum 6. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen am 24. Oktober gibt Trygve Lie einen Überblick über Zweck und Leistung dieser Organisation.

Immer noch lastet die Drohung eines dritten Weltkrieges schwer auf dem Gemüt der gesamten Menschheit, und das Ziel der Vereinten Nationen, die Schaffung einer befriedeten und besseren Welt, erscheint ferner denn je. Ob nun die Welt in ein Stadium überwechseln kann, in dem es ihr gelingen wird, die gegenwärtige Spannung zu lockern oder ob jetzt erneut ein akuter Gefahrenmoment eintritt — es scheint mir in jedem Falle weise und notwendig, daß sich die Regierungen und Völker der Mitgliedstaaten die Rolle der Vereinten Nationen im Kampf um Frieden und Sicherheit von neuem vor Augen halten.

Die Charta der UN wurde vor sechs Jahren in eine von der heutigen sehr unterschiedliche politische Atmosphäre hineingegeben, und es ist von Zeit zu Zeit wichtig, daran zu erinnern, daß sie mehr ist als ein vorübergehendes Nachkriegsabkommen zwischen den Großmächten. Nach Lage der Verhältnisse sind Wohlstand und Frieden in einer Nation mit der Situation der anderen eng verknüpft, so daß — trotz aller Unterschiedlichkeit — die Notwendigkeit unumgänglich wird, sich weltumspannenden Organisation anzuschließen, um dort zum einen Sicherheit vor Krieg, zum anderen Freiheit und Unabhängigkeit für das Volk und gegenseitige Hilfe für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt im Lande selbst zu suchen.

Bedingt durch die Nachkriegsverhältnisse sah sich die Welt unmittelbar nach der Gründung der UN einer Reihe von schwerwiegenden Konflikten gegenüber. Der größte und gefährlichste dieser Konflikte, der zwischen der Atlantikgruppe und ihren Anhängern einerseits und der Sowjetunion, ihren Satelliten und dem kommunistischen China andererseits entstanden war, lenkte die gesamte Aufmerksamkeit auf sich. Er verschuldete u. a. auch das Nichtzustandekommen eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Wiederaufrüstung in allen Teilen der Welt und den Krieg in Korea.

Da die Charta bei jeder zu treffenden Entscheidung des Sicherheitsrats einen einstimmigen 5-Mächte-Beschluß fordert, ist es ihm nicht gelungen, die vorgesehene UN-Streitkraft aufzustellen, die in der Lage wäre, Frieden und Ordnung in der ganzen Welt zu sichern. Aus demselben Grunde scheiterte auch die von den USA angestrebte Errichtung einer internationalen Atomenergie- und Rüstungskontrolle.

Neben dem alles beherrschenden Ost-West-Konflikt gibt es noch andere Entwicklungen von globaler Bedeutung, mit denen sich die Vereinten Nationen seit dem Tage ihrer Gründung zu beschäftigen haben. Innerhalb der kurzen Spanne von sechs Jahren hat ein Viertel der Weltbevölkerung seine politische Unabhängigkeit erhalten. Der Drang anderer, noch abhängiger Völker nach Freiheit und Gleichberechtigung wird ständig größer. Drei Viertel der gesamten Weltbevölkerung — obgleich unabhängig — leben in wirtschaftlich rückständigen Gebieten und fordern immer dringlicher bessere Lebensbedingungen und rascheren politischen und wirtschaftlichen Aufstieg.

Alle ernsthaften Fragen und Konflikte der vergangenen sechs Jahre — mit Ausnahme der Abschlüsse von Friedensverträgen — wurden in irgendeiner Form den UN vorgelegt, angefangen bei der Frage der Stationierung britischer und französischer Truppen im Libanon und in Syrien, sowjetischer Truppen in Persien, der indonesischen Frage, der Belligerung des Bürgerkrieges in Griechenland und der Gründung des Staates Israel bis zur Aufhebung der Berliner Blockade. In allen diesen Fragen konnten die UN vermittelnd eingreifen. Andere Konflikte, wie etwa die Kaschmirfrage, der anglo-ägyptische Disput, die chinesische UN-Vertretung, die Intervention der chinesischen Volksrepublik in Korea, die Zukunft Formosas und die Wiederaufrüstung der Großmächte, sind Fälle, die den UN zur Bearbeitung vorliegen. Durch die Annahme der Resolution „Einheit für den Frieden“ können die UN in Zukunft in jedem Falle gegen eine bewaffnete Aggression vorgehen, selbst dann, wenn der Sicherheitsrat aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage sein sollte, von sich aus einzugreifen.

Auf dem weiten unpolitischen Feld der wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Nationen stehen die Programme des UN-Wirtschafts- und Sozialrates und der 11 Sonderorganisationen im Vordergrund. Dazu gehören die Fragen der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker, die Achtung der Würde des Individuums und sein Anrecht auf Freiheit sowie die Weiterent-

wicklung einer international bindenden Gesetzgebung. Den Vereinten Nationen angeschlossen und der UN-Vollversammlung direkt verantwortlich sind u. a. die Hilfsorganisationen für Palästina-Flüchtlinge, für den Wiederaufbau in Korea, der Internationale Kinderhilfsfonds und die kürzlich geschaffene Hochkommission für das Flüchtlingswesen. Eine weitere bedeutungsvolle, wenn nicht die bedeutungsvollste Einrichtung für den späteren Fortbestand der UN ist das Technische Hilfsprogramm. Kein anderes verdient wie dieses die ungeteilte Unterstützung aller Mitgliedstaaten. Es baut auf dem Grundsatz auf, daß den Völkern Gelegenheit gegeben werden müsse, sich selbst zu helfen, indem man sie mit den Fertigkeiten vertraut macht, die für die beste und wirtschaftlichste Ausnutzung ihrer eigenen Rohstoffquellen, ihres Menschenpotentials und für die Entfaltung ihrer überlieferten Möglichkeiten notwendig sind.

Durch regelmäßige Einberufung von Versammlungen des Sicherheitsrates, an denen auch die Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten teilnehmen sollten, könnte es möglich sein, Spannungen und Krisen zu überwinden. Durch eine gemeinsame Aktion aller Nationen zur Erhaltung des Friedens könnten neue Übergriffe verhindert werden. Die UN aber brauchen eine Streitmacht und ausreichende Wirtschaftsquellen, um die gemeinsame Sicherheit garantieren zu können und dadurch im Ernstfalle jeder Nation, die sich mit dem Gedanken der Bereicherung ihrer Macht durch bewaffneten Überfall auf einen anderen Staat trägt, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dieses System der kollektiven Sicherheit soll den Krieg verhindern und nicht zum Kriege führen. Ein starkes kollektives Sicherheitspotential erhöht die Möglichkeit, selbst ernsteste politische Konflikte auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Dokumente der Grausamkeiten

Sudetendeutsches Weißbuch über die un-menschliche Austreibung aus der Tschechoslowakei

Bonn (UP). Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen hat eine Dokumentensammlung über die Austreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat seit 1945 veröffentlicht. Die 369 Erlebnisberichte beleuchten nur einen Bruchteil des an Sudetendeutschen verübten Massenverbrechens, wie es in dem Vorwort zum Weißbuch heißt. Es ist beabsichtigt, das Weißbuch den UN, dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, sämtlichen Ministern und Länderregierungen sowie den drei Hochkommissaren zuzuleiten.

Von den etwa 3,5 Millionen Sudetendeutschen sind etwa 500 000 Männer, Frauen und Kinder während des Krieges und der un-menschlichen Vertreibung umgekommen. Nur 100 000 leben noch in ihrer sudetendeutschen Heimat.

Im Vorwort des Weißbuches heißt es, aus der Verletzung der wichtigsten Gesetze des Völkerrechts und des Naturrechts ergebe sich für die Sudetendeutschen zwangsläufig der Rechtsanspruch auf die Heimat, auf Wiedergutmachung der Schäden und Befreiung der Schuldigen. U. a. enthält das Buch einen Brief des britischen Ministers und Abgeordneten Stokes, der 1945 beim Besuch eines Konzentrationslagers bei Prag, in dem Sudetendeutsche festgehalten wurden, feststellte, daß die Verpflegung dort schlechter war als im Nazi-KZ von Belsen.

Dr. Turnwald, der das Weißbuch redigierte, betonte ausdrücklich, die Erlebnisberichte hielten jeder Nachprüfung stand. Sie schildern die an Sudetendeutschen begangenen Grausamkeiten in eindringlicher Weise. Es wird beschrieben, wie bewaffnete Truppe Angehörige der deutschen Volksgruppe zu Tode stießen, bei lebendigem Leibe verbrennen, an Laternenpfählen aufhängen und zu Tode quälen.

Hafenstreik mit Zwischenfällen

Bremen (UP). In Bremen und Hamburg ist ein offenbar von der KPD inszenierter Streik der Hafendarbeiter ausgebrochen. Einige der im Bremer Überseehafen liegenden 23 ausländischen und deutschen Schiffe haben um Schutz nachgesucht, da sie Sabotageakte befürchten. Der Bremer Senat beschloß, die Polizei anzuweisen, sämtlichen arbeitswilligen Hafendarbeitern Schutz zu gewähren und Ruhestörer sofort aus dem Hafen zu entfernen. Zu schweren Zusammenstößen kam es in Bremen, als etwa 400 der an dem wilden Streik teilnehmenden Hafendarbeiter auf den Marktplatz zogen und vor dem Rathaus demonstrierten. Die 600 Mann starke Polizeitruppe trieb die Demonstranten gruppenweise in die Seitenstraßen. Hierbei wurden zwei Polizisten und mehrere Zivilisten leicht verletzt.

Das Volk soll entscheiden

(Fortsetzung von der 1. Seite)

Abstimmungsbezirken und der Auswertung der Abstimmung, in welchem Umfang unter-legen, Südboden habe durch das Schlußwort des südbadischen Staatspräsidenten das Verfassungsgericht angegriffen, „dem Recht zum Siege zu verhelfen“. Nun müßten sich seine Regierung und alle Wortführer, „die nicht laut genug von Verfassungsbruch und Vergewaltigung durch den Bund reden konnten“, dem Spruch des Gerichts beugen.

Pfälzer Frage in Fluß gekommen

Der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Valentin Bauer, sagte voraus, im Anschluß an die Abstimmung vom 16. Dezember werde sich nach das Schicksal der Pfalz entscheiden. Hierüber könne er jedoch keine Erklärungen abgeben, da er sich nicht gerne aufs Glatteis setze. Der Oberbürgermeister von Frankenthal, Dr. E. Krauß, meinte, mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sei auch die Pfälzer Frage mächtig in Fluß gekommen.

Bundessparkommissar eingesetzt

Dr. Adenauer leicht erkrankt - Kein Informationsministerium geplant

Bonn (UP). Die Bundesregierung beschloß, einen Bundessparkommissar für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung einzusetzen. Dieses Amt soll durch den Präsidenten des Bundesrechnungshofs wahrgenommen werden.

Die Kabinettsitzung am Dienstag fand unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher statt. Der Bundeskanzler blieb ihr fern, da er an einer leichten Erkrankung leidet. Er hat seinen Wohnsitz in Rhöndorf seit seiner Rückkehr aus Karlsruhe am Sonntag nicht verlassen.

Bezüglich der angekündigten Wahlordnung für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung wurde noch keine Entscheidung gefällt, da noch große verfassungsrechtliche Schwierigkeiten bestehen. Ein Regierungssprecher versicherte jedoch, sie werde Bundesrat und Bundestag so schnell wie möglich als Gesetzesentwurf zugeleitet werden.

Die Bundesregierung veröffentlichte inzwischen jedoch ein Weißbuch, das sämtliche Dokumente und Akten über die Bemühungen des Bundestages, der Bundesregierung und der drei Westmächte sowie die darauf erfolgten Antworten der Sowjets, der Ostzonenbehörden und der Volkskammer enthält.

Der kommissarische Leiter des Bundespressekamtes, Dr. Fritz von Twardowski, erklärte im Anschluß an die Sitzung des Bundeskabinetts, die Bildung eines Bundes-Informationsministeriums stehe nicht zur Diskussion. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU hat bekanntlich in einer Entscheidung die Bildung eines solchen Ministeriums verlangt. Zur Zeit gehe es lediglich um die endgültige Besetzung des Amtes eines Bundespressekamts, der entweder Staatssekretär oder Ministerialdirektor werden soll.

Ein vom Bundespressekamt geplantes sogenanntes „Bulletin“ soll „politisch interessierten Kreisen“ die authentischen Texte von Reden der Kabinettsmitglieder und offizielle oder halbamtliche Meinungsäußerungen zu wichtigen politischen Vorgängen vermitteln. Twardowski bezeichnete die Veröffentlichung dieses ab 1. November dreimal wöchentlich erscheinenden Dienstes als einen „Versuch, bei dem noch die Frage ist, ob und wie er sich bewährt.“

Kohlen-Note an die Hochkommission

Das Bundeskabinett hat ferner beschlossen,

in einer Note an die Hochkommission die „schweren Bedenken“ der Bundesregierung gegen die nach der geplanten Auflösung des deutschen Kohlenverkaufs vorgesehene Neuordnung auf diesem Gebiet vorzutragen. Nach Mitteilung eines Regierungssprechers haben die deutschen Beauftragten den deutsch-alliierten Bericht über die geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der DKV-Auflösung nur unter Vorbehalt unterzeichnet und sich gegen die „Dezentralisierung des Kohleverkaufs“ ausgesprochen. Die Bundesregierung halte daher neue Verhandlungen mit dem Petersberg für notwendig.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Industriegewerkschaft Bergbau haben erneut ihre Beteiligung an Besprechungen über Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung abgelehnt. Auch einer Beratung im Bundesernährungsministerium über die Kartoffel- und Schweinepreise blieben die dazu eingeladenen Gewerkschaftsvertreter fern.

Die letzten Reden der FDP-Bundestagsabgeordneten Esler und anderer FDP-Sprecher seien als „Frontalangriff der FDP und DP gegen die Gewerkschaften“ zu betrachten, heißt es im DGB-Informationdienst. Wie „widgewordene Schlichter“ seien sie „auf die Gewerkschaften losgestürzt“ und hätten „giftige Galle verspritzt“.

Neue Teuerungszuschläge?

Einen Gesetzentwurf über die Stundung der Soforthilfeabgabe und über die Teuerungszuschläge zur Unterhaltshilfe haben die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, FDP, DP, BP und des Zentrums dem Bundestag vorgelegt. Danach sollen Personen, die nach dem Soforthilfegesetz Anspruch auf Unterhalts-hilfe haben, rückwirkend vom 1. Juli 1951 an eine Teuerungszulage von 10 DM im Monat erhalten. Für die Ehefrau und für jedes Kind sollen monatlich je 5 DM Zuschlag gezahlt werden. In dem Gesetzentwurf wird ferner die Höhe des abgabepflichtigen Vermögens, die Stundung von Teilbeträgen der am 30. November fälligen Rate der allgemeinen Soforthilfeabgabe vorgeschlagen. Die Beträge sollen bis zum Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes gestundet werden.

Volkspolizei räumt Steinstücken

Sowjets geben nach - Berlin ist zwölftes Land der Bundesrepublik

Berlin (UP). Der Westberliner Vorort Steinstücken bei Babelsberg ist nach vorübergehender illegaler Eingemeindung in den Kreis Potsdam (Ostzone) von der Volkspolizei geräumt und wieder der Westberliner Verwaltung unterstellt worden.

Die Räumung und die Wiederherstellung des ursprünglichen Rechtszustandes erfolgte auf Befehl der sowjetischen Kontrollkommission an die brandenburgische Landesregierung. US-Stadtkommandant Generalmajor Mathewson hatte am Vorabend der Räumung dem amtierenden Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission für Berlin, Sussin, zugesichert, daß unter der Voraussetzung der Wiederherstellung des alten Rechtszustandes in Steinstücken die amerikanischen Behörden in Verhandlungen mit sowjetischen Dienststellen über Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse bereit seien.

Der Bundestagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach in Berlin den außenpolitischen Status Berlins, die Auslieferung von ehemaligen deutschen Angehörigen der französischen Fremdenlegion an die französische Militärregierung, die Kriegsgefangenen-Frage und die Zwangsumsiedlung von etwa 200 000 Volksdeutschen in Rumänien. Der Vorsitzende des Ausschusses, Professor Carlo Schmid, sagte in einer Pressekonferenz, nach dem Recht des Grundgesetzes sei Berlin zwölftes Land der Bundesrepublik und brauche nicht erst dazu erklärt werden. Nach Auffas-

sung des Ausschusses sollte das Veto der Besatzungsmächte gegen diese Befolgung des Grundgesetzes durch die Bundesregierung überwunden werden. Zur Auslieferung von ehemaligen Fremdenlegionären schlug der Ausschuß vor, mit dem bisherigen System Schluß zu machen. Die Westberliner Polizei muß zur Zeit nach Befehlen der Besatzungsbehörden Verhaftungen und Auslieferungen vornehmen, ohne daß die Hintergründe solcher Befehle bekannt sind.

Einen Gesetzentwurf zum „Schutze der demokratischen Grundrechte vor Terrororganisationen“ gab der Untersuchungsausschuß freibühlicher Juristen der Sowjetzone in Westberlin bekannt. Danach sollen der Staatssicherheitsdienst, die zentrale Kontrollkommission und die Landeskontrollkommissionen in der sowjetischen Besatzungszone zu verbrecherischen Organisationen erklärt, und Personen, die für diese Organisationen tätig sind, mit Zuchthaus bestraft werden. Ebenso sollen Mitarbeiter eines ausländischen Geheim- oder Sicherheitsdienstes, der mit einer der genannten Organisationen zusammenarbeitet, bestraft werden. Der Gesetzentwurf wird an den Bundestag und den Westberliner Senat weitergeleitet.

Der Präsident der Ostzonen-Regierung, Pleck, der stellvertretende Ministerpräsident Nuschke und Außenminister Dertinger sind nach Prag abgereist. Nach einer Mitteilung der Präsidialkanzlei handelt es sich um einen „Freundschaftsbesuch“.

Briten sperren den Eisenbahnverkehr

Ausnahmestand in ganz Ägypten - Ernste Lage im Sudan

Kairo (UP). Großbritannien hat den Eisenbahnverkehr von und nach der Suezkanalzone gesperrt. Dieser Beschluß wurde von einem Londoner Regierungssprecher als Vergeltungsmaßnahme für die Weigerung Ägyptens bezeichnet, Eisenbahnzüge für den Transport der in der Kanalzone einströmenden britischen Truppenverstärkungen bereitzustellen.

In Suez wurden alle Geschäfte, Kinos und Restaurants zum Zeichen des Protestes gegen die britischen Maßnahmen geschlossen. Auch in Kairo waren die Läden geschlossen. Britische Militärpolizei kontrolliert den ganzen Autoverkehr durch die Kanalzone, um Waffenschmuggel und das Einsickern von ägyptischen Partisanen in das von britischen Truppen besetzte Gebiet zu verhindern. Die Zeitung „El Zaman“ berichtet, daß an der ägyptischen Westgrenze bei Sollum 22 britische Panzer aufgefunden seien. Dort seien 40 Löhner verhaftet worden, die als britische Spione nach Ägypten eindringen wollten.

In Kairo fanden neue Studentendemonstrationen statt, bei denen es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam. Die Polizei machte von den Schußwaffen Gebrauch und verwendete Tränengas, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Auch in Alexandria kam es zu Zusammenstößen, als die Polizei Demonstranten zerstreuen wollte. Die Ausnahmestand ist von der Kairoer Regierung auf das gesamte ägyptische Staatsgebiet ausgedehnt worden.

Das britische Kriegsministerium behauptet, es sei in den Besitz zuverlässiger Informationen gelangt, wonach die Kommandeure der im Sudan stationierten ägyptischen Truppen-

Befehl erhalten hätten, gegen die Verwaltungsbehörden des anglo-ägyptischen Sudans nötigenfalls auch mit Waffengewalt vorzugehen.

Die ägyptische Assiggo-Partei des Sudan hat die gesamte Bevölkerung zum Kampf gegen den Imperialismus aufgerufen. Jeder getrene Bürger des Sudan müsse sich jetzt als Soldat auf dem Schlachtfeld betätigen. In Verhandlungen mit anderen Parteien werde versucht, eine vereinigte Front aller Sudanesen in diesem historischen Stadium der Geschichte des Landes aufzustellen.

Auch London appelliert an die Sowjets Wegen Beendigung des Korea-Krieges - Churchill ist zuversichtlich

London (UP). Großbritannien hat die Sowjetunion aufgefordert, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes in Korea zu unterstützen. Es wies zugleich darauf hin, daß ohne eine Beilegung des Korea-Krieges nur wenig Hoffnung auf eine Besserung der allgemeinen Beziehungen zwischen Ost und West bestehe.

Diesen Appell richtete der neue britische Botschafter in Moskau, Sir Alvary Gascoigne, an den sowjetischen Außenminister Wjatschinski, mit dem er am Dienstag seine erste Unterredung hatte. Die Sowjetregierung — so erklärte Gascoigne bei dieser Gelegenheit — könne für den Weltfrieden einen „höchst konstruktiven Beitrag“ leisten, wenn sie ihren Einfluß geltend mache, um eine möglichst schnelle Beilegung der Feindseligkeiten in Korea zu erreichen, die jedem weiteren Versuch einer Verringerung der Ost-West-Span-

nungen vorausgehen müsse. Mit diesem Schritt schloß sich Großbritannien der amerikanischen Initiative an, über die kürzlich nach Veröffentlichung des Meinungsaustauschs zwischen Wjatschinski und dem US-Botschafter Kirk berichtet wurde.

In seiner letzten großen Rede vor dem Wahltag am 25. Oktober warnte Churchill vor den negativen Auswirkungen eines eventuellen Wahlsieges der Labour Party. Eine Wiederwahl der Labour-Regierung — so meinte er — würde den Beziehungen Großbritannien sowohl zu den USA, als auch zu Sowjetunion Schaden und den Weltfrieden gefährden. Zu Beschuldigungen der Labour Party, daß ein konservativer Wahlsieg die Gefahr eines dritten Weltkrieges vergrößere, sagte Churchill: „Ein dritter Weltkrieg könnte nur dann kommen, wenn die Sowjetregierung zu Recht oder zu Unrecht glaubt Sieges-Chancen zu besitzen und deshalb nur Angreifer würde... darum bin ich ziemlich zuversichtlich.“

Zur Krise im Nahen Osten brachte Churchill zum Ausdruck, daß es dazu weder in Persien noch in Ägypten gekommen wäre, wenn die USA, Großbritannien, Frankreich und die Türkei sich vor sechs Monaten auf eine gemeinsame Politik im Nahen Osten geeinigt hätten. Die Politik der Festigkeit der Labour-Regierung in Ägypten werde von der Konservativen unterstützt und im Falle des Wahlsieges fortgeführt.

Noch immer keine Verhandlungen

Kommunisten haben noch nicht ratifiziert - Luftschlacht über Nordkorea

Seoul (UP). Die Hoffnung des UN-Hauptquartiers, die Waffenstillstandsverhandlungen bereits wieder am Mittwoch aufnehmen zu können, hat sich nicht erfüllt, da die Kommunisten die Ratifizierungsurkunde zum Abkommen über die technischen Voraussetzungen bis jetzt noch nicht dem UN-Hauptquartier zugeleitet haben. Von kommunistischer Seite wurde lediglich eine Umbesetzung in der Waffenstillstandsdelegation vorgenommen, die im alliierten Hauptquartier mit einer gewissen Beunruhigung zur Kenntnis genommen wurde. Während der Delegierte der chinesischen Freiwilligenverbände und ein nordkoreanischer General ersetzt wurden, wird damit gerechnet, daß der nordkoreanische General Nam Il kommunistischer Chefdelegierter bleiben wird.

Über Nordkorea kam es zu einer schweren Luftschlacht, in der amerikanische Superfestungen und Düsenjäger mindestens fünf kommunistische Düsenjäger abgeschossen haben. An der Schlacht nahmen insgesamt 298 bis 290 amerikanische und kommunistische Flugzeuge teil. Die Alliierten verloren eine Superfestung und einen Düsenjäger. Mehrere Superfestungen wurden beschädigt. Der Luftkampf spielte sich in einer Höhe zwischen 5000 und 9000 m ab. An der Koreafront war die Kampftätigkeit im allgemeinen nur gering. Die alliierten Truppen sind südlich des von den Kommunisten geräumten Kumsong stehengeblieben.

Mossadeg in Washington

New York (UP). Informierte Kreise gaben bekannt, daß Großbritannien bereit ist, mit der iranischen Regierung in sofortige Unterhandlungen über eine Lösung der Ölkrise zu treten. Die USA sind entsprechend informiert worden, und man erwartet, daß Außenminister Acheson versuchen wird, den iranischen Ministerpräsidenten Mossadeg zu überreden, sich den Verhandlungen nicht zu widersetzen.

Mossadeg traf inzwischen in Washington ein, wo er auf dem Bahnhof von Außenminister Acheson empfangen wurde.

Schweiz erhöht Rüstungsausgaben

Bern (UP). Die Schweiz wird im nächsten Jahre 847 Millionen Franken für die Landesverteidigung ausgeben, wie aus dem neuen Haushaltsvoranschlag hervorgeht. Die Erhöhung der Rüstungskosten gegenüber 1951 beträgt 127 Millionen Franken. Aus dem Voranschlag geht ferner hervor, daß in Frankreich 200 leichte Panzer erworben werden

Frita Tarnow, der bis 1933 Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Deutschen Reichstages war, starb in Bad Orb im Alter von 72 Jahren.

Der amerikanische Zerstörer „Henley“ lief in Kiel zu einem einwöchigen Besuch ein.

Auf die sowjetische Note, in der die Beteiligung Frankreichs am Atlantikpakt als eine Bedrohung des Friedens bezeichnet wurde, wird die französische Regierung nicht antworten, weil sie es für zwecklos erachtet, die Debatte fortzusetzen.

Der italienische Botschafter in London, Scotti, ist zurückgetreten. Wie verlautet, hat er die Politik de Gasperis in der Ägyptenfrage mißbilligt. An Scottis Stelle soll der bisherige Botschafter in Moskau, Brosio, treten.

General Handy, der Oberkommandierende der US-Truppen in Deutschland, ist in Lissabon eingetroffen, wo er mit dem Verteidigungsminister und dem Oberkommandierenden der portugiesischen Armee verhandeln wird.

General Norstad, der Oberkommandierende der mitteleuropäischen Luftstreitkräfte, ist nach Marokko geflogen. Er wurde dort von General Guillaume empfangen.

Die ehemalige Königin Amélie von Portugal ist schwer an Angina pectoris erkrankt. Die Ärzte bezeichnen den Zustand der 87 Jahre alten Königin als kritisch.

Elf britische Soldaten, drei Eingeborene und sechs Banditen fielen einem Zwischenfall in Nord-Malaya zum Opfer. Die britische Kolonne wurde aus dem Hinterhalt beschossen und erwiderte sofort das Feuer.

Den Dreimächteversuch zur Revision des italienischen Friedensvertrages könne Polen nicht gutheißen, teilte die polnische Regierung den USA, Großbritannien und Frankreich mit.

Politische Organisationen aus 17 Ländern, darunter die Bundesrepublik, sind in Agram (Jugoslawien) zu einer „Konferenz für Frieden und internationale Zusammenarbeit“ zusammengetroffen.

Aus der Stadt Ettlingen

Volksnahrungsmittel Fisch ein devisenfreier Eiweißträger

Wir lesen immer wieder in der Zeitung und hören im Rundfunk von der Eiweißlücke, die in dem Ernährungsplan des deutschen Volkes und nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt besteht und unseren Wirtschaftspolitikern Kopfzerbrechen bereitet. Diese Eiweißlücke kann in Deutschland nur durch Aufbringung hoher Devisenbeträge geschlossen werden. Devisen aber sind teuer. Und Fisch ist billig! Er kostet uns keine Devisen, denn wir haben eigene Fischdampfer, eigene Kohle und eine moderne Fischwirtschaft. Fisch aber ist ein Träger wertvollen tierischen Eiweißes.

Um dem Fisch nun mehr Freunde und Anhänger zu gewinnen, kommen ein Kapitän und eine Spezialkochlehrkraft auch in unsere Stadt und werden in zwei Veranstaltungen dem Fisch neue Freunde zu gewinnen suchen.

Am Montag, 29. Okt., um 16 und 20 Uhr in der Gaststätte zum „Darmstädter Hof“, Sternengasse 3, spricht der Kapitän über Fischfang, Auktion, Kühlkette und den „Fisch der Saison“. Die Kochlehrkraft wird seine Worte mit Schaukochen, Gratiskostproben und Grafitrezepten unterstreichen.

Alle Ettlinger Hausfrauen und solche, die es noch werden wollen, aber auch die Junggesellen und Strohwitwen sind herzlich eingeladen, diese lehrreiche Veranstaltung zu besuchen. Der Eintritt ist frei! (Näheres siehe im Anzeigenteil am Samstag.)

Der Wasserhochbehälter bei der Wilhelmshöhe kostet keine 780 000 DM, wie in der Ausgabe vom 22. 10. berichtet wurde, sondern diesen Betrag etwa wird die gesamte neue Wasserversorgungsanlage in Ettlingen (einschl. Hochbehälter) erreichen, wenn die restlichen Arbeiten ausgeführt sind.

Erhöhte Kinointrittspreise?

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) will von der Bundesregierung eine sofortige Erhöhung der Eintrittspreise der Lichtspieltheater um 20 Prozent fordern. Als Begründung wird angeführt, daß der durchschnittliche Eintrittspreis nur um etwa 15% über dem Preis des Jahres 1936 liege, während die Lebenshaltungskosten und die Produktionskosten um mehr als 60 Prozent gestiegen seien.

Drei Weihnachts-Verkaufssonntage?

Bei einer Umfrage sprachen sich die württembergischen Einzelhändler mit wenigen Ausnahmen dafür aus, daß man für den Weihnachtsverkauf drei Sonntage festsetzt. Als Gründe wird das späte Einsetzen der Saison in diesem Jahr und ein entgegenkommen gegenüber den Kunden angeführt. Man hofft, noch in den nächsten Tagen zu einer Vereinbarung mit der Gewerkschaft zu kommen und entsprechende Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium führen zu können.

Ull

„Groß und Kuß aus der Wachau“

Die Aufnahmen zu diesem österreichischen Film wurden in der Wachau und die Atelieraufnahmen in Slevoring gedreht. Anni, Resi und Franzl — dargestellt von Marianne Schönauer, Waltraut Haas und Nina Sandt — machen sich einen ernstgemeinten Scherz mit der Männerwelt von Dürnstein und lösen damit die amüsante Handlung dieses lustigen Films aus. Sie sind so verschieden voneinander, trotzdem sie Schwestern sind — die Blonde, die Braune und die Schwarze — und trotzdem, in der Gesamtheit sind sie ein bezauberndes aufeinander abgestimmtes Trio. Ihre Partner sind Louis Soldau, Walter Müller, Fritz Imhoff und Harry Fuß. Die Regie führt Fritz Schulz. Die Union-Lichtspiele zeigen diesen von echtem Charme erfüllten Film nur noch heute.

Die EZ gratuliert

Am 24. Oktober vollendet Professor i. R. Jakob Millner, geb. 24. 10. 1869, wohnhaft Friedenstr. 10, sein 83. Lebensjahr.

Handwerker als Hausbesitzer

Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZVD) gab bekannt, daß von den 863 000 Handwerksbetrieben im Bundesgebiet nach der amtlichen Handwerkszählung etwa die Hälfte auf eigenem Grund und Boden arbeitet. Ebenso groß ist nach Schätzung des Zentralverbandes die Zahl der Handwerker, die im eigenen Haus wohnen. Daraus ergebe sich in doppelter Hinsicht eine Verbindung von Handwerk und Hausbesitz. Die Arbeit im eigenen Haus ist am häufigsten bei den ländlichen, den Nahrungsmittel- und den Bauhandwerkern. So haben 89 Prozent der Müller, 80 Prozent der Schmiede und Stellmacher, 75 Prozent der Böttcher und der Landmaschinenhandwerker, 73 Prozent der Bäcker und 70 Prozent der Zimmerer ihren Betrieb auf eigenem Grund und Boden.

Bereins-Nachrichten

Die Landjugend trifft sich

am Donnerstag, 25. Okt., 20 Uhr im Berufsschulsaal des Schlosses. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

LVD, Ortsgruppe Ettlingen

Die Ortsgruppe Ettlingen der heimatschutzverbundenen Deutschen gibt hiermit bekannt, daß die Einweihung des Gedächtniskreuzes, welche am 1. November stattfinden sollte, aus technischen Gründen auf einen späteren Termin verschoben wurde. Die Durchführung wird rechtzeitig bekanntgegeben. Bei dieser Gelegenheit bitten wir jeden, sein Schärffeln dazu beizutragen und uns mit Spenden und Hilfsleistungen zum Gelingen dieser edlen Aufgabe zu verhelfen.

Schwarzwaldverein

Sonntag, 28. Okt., Tageswanderung: Ottenhöfen, Simmersbach, Eselsbrunnen, Allerheiligen (Mittagsrast), Bosensteiner Eck, Karlshäuser Grat, Ottenhöfen. Abfahrt 7.01 Uhr am Bahnhof Ettlingen-West. Sonntagsrückfahrkarte Ottenhöfen. Rucksackverflegung. Führung: Liebler-Seiler, Karlsruhe.



Heute abend 20 Uhr

1. Gastspiel des Privattheaters „Die Insel“ in der Aula des Realgymnasiums mit

„Gottes Utopia“

Tragödie in 5 Akten von Stefan Andres. Inszenierung: Erich Schüdde. Bühnenbild: Axel Torsten Hecht.

Deutscher Krankenkassentag

Gegen Ausdehnung der Versicherungspflicht

Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen forderte der Vorsitzende der Vereinigung der Ortskrankenkassen-Verbindungen im Bundesgebiet, Georg Glock, auf dem „Deutschen Krankenkassen-Tag 1951“ in Frankfurt. Die Tendenz, die soziale Krankenversicherung aufzulockern und einen Strukturwandel durchzusetzen, könne nur die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kassen verringern.

Zur Deckung der seit 1948 um 84 Prozent gestiegenen Krankenausgaben forderte Glock einen Beitrag der Länder und Gemeinden. Alle Versuche, die durch den Krieg und seine Folgen eingetretenen Belastungen auf die Sozialversicherung abzuwälzen, seien untragbar. Die Aufwendungen der Krankenkassen für Arzneimittel würden in diesem Jahr 140 Prozent der Ausgaben von 1948 ausmachen. Es sei hervorzuheben, daß die Fachärzte im Durchschnitt mit einem niedrigeren Kostensatz für Arzneimittel auskämen als die praktischen Ärzte. Es müsse von den Ärzten erwartet werden, daß sie bei gleich wirksamen Arzneimitteln dem Patienten das preiswertere Mittel verordneten.

Bundesarbeitsminister Storch sprach sich bei der Eröffnung des „Deutschen Krankenkassentags 1951“ entschieden gegen eine weitere Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht in der Bundesrepublik und die Beauftragung der Versicherungsträger mit Wohlfahrtsaufgaben des Staates aus. Storch unterstrich, daß derartige Maßnahmen zu einer „Verbeamtung“ des Ärztestandes und im Endeffekt zu einem staatlichen Gesundheitsdienst wie in Großbritannien führen müßten. Die finanzielle Situation der Bundes-

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

HANDBALL

TSV Daxlanden — TuS Ettlingen 2:11 (1:3)

Mit diesem schönen Erfolg hat sich Ettlingen den 2. Tabellenplatz erkämpft. Vor einer beachtlichen Zuschauermenge lieferte die Elf des TuS ein Spiel, das so richtig nach dem Herzen des Handballfreundes war, was auch von den Daxlandener Zuschauern neidlos anerkannt wurde. Die Mannschaft hat erneut unter Beweis gestellt, daß sie sich augenblicklich in einer ausgezeichneten Form befindet und kaum einen Gegner zu fürchten braucht. Anfangen von der Hintermannschaft, die sauber arbeitete, bis zum Sturm, der sich in einer begeisterten Spiellaune befand, bestand eine Harmonie, die entscheidend für den Spielausgang war; hinzu kam ein unermüdlicher Kampfesgeist, der die Mannschaft besonders auszeichnete. Es gab kein schwacher Punkt in der Mannschaft. Es will schon etwas heißen, den bisherigen Tabellenzweiten, eine Mannschaft, die auch zu spielen versteht, auf eigenem Platz so klar zu distanzieren. Der Gastgeber war auf keinen Fall schlecht, er wehrte sich verzweifelt gegen die drohende Niederlage und gab den Kampf erst mit dem Schlußpfiff auf. Jedoch stand er einem Gegner gegenüber, der in jeder Beziehung überlegen war. Sie können sich bei ihrem Torwart bedanken, daß die Niederlage nicht noch höher ausfiel, denn was dieser Mann an todsicheren Sachen meisterte, war erstaunlich.

Nach verteiltem Spiel ging Daxlanden in der 5. Minute durch Freiwurf in Führung, die bis zur 16. Minute beibehalten werden konnte. Erst dann gelang Ettlingen der Ausgleich und kurz darauf die 2:1-Führung, die bis Halbzeit auf 3:1 ausgedehnt werden konnte. Nach Wiederanpfiff diktierte Ettlingen eindeutig das Spielgeschehen und es war nur eine Frage wie hoch der Sieg wird. In regelmäßigen Abständen fielen die Tore, und erst beim Stande von 10:1 gelang Daxlanden der 2. Treffer; mehr ließ die Ettlinger Hintermannschaft nicht zu.

Schiedsrichter Harhard (Dossenheim) leitete das harte, aber trotzdem faire Spiel, von einigen Kleinigkeiten abgesehen, gut.

Die Jugend hatte es dieses Mal mit einem weitaus stärkeren Gegner, als in den letzten Spielen zu tun und konnte erst nach Kampf mit 10:8 die Punkte mit nach Hause nehmen. Bei ihr vermisse man vor allem das gute Zusammenspiel, das sie sonst besonders auszeichnete.

Am kommenden Sonntag empfängt der TuS die Mannschaft der Tsg Pfalzheim.

FUSSBALL

TuS Reichenbach — TuS Spinnerei 2:0 (2:0)

Spinnerei. Bei schönstem Herbstwetter und großem Anhang marschierten die Fußballer am Sonntag nach Reichenbach, wo sie ihr 8. Verbandsspiel auszutragen hatten. Der Reichenbacher Platz mit seinen Tülden wurde von den Spinnereilern immer als gefährlich angesehen. Das Spiel war mehr ein Kampf um jeden Meter Boden, so daß die technischen Feinheiten wie man sie bei der Sp.-Elf in den vergangenen Spielen sah, nicht zur Geltung kamen. Als Schiedsrichter fungierte Hasso (Blankenloch). Daß eine Mannschaft, die als zweiter Sieger den Platz verlassen muß, immer beim Schiri den Sündenbock sucht, ist ja bekannt. Dem Berichterstatter liegt es fern, in das gleiche Horn zu blasen. Aber was sich dieser gute Mann der Sp.-Elf gegenüber geleistet hat, geht auf keine Kuhhaut. Was er auf der einen Seite unverständlicherweise annullierte, ließ er auf der anderen Seite größtenteils geschehen und so standen die Schwarz-Roten schon von vornherein auf verlorenem Posten. Wären die 22 Akteure auf dem Spielfeld nicht vernünftiger gewesen, wer weiß was aus diesem Spiel geworden wäre.

Zu Beginn des Spieles hatte R. die Initiative an sich gerissen und Sp. mußte alles aufbieten um Erfolge der Platzbesitzer zu vermeiden. In der 12. Minute gelang den R. doch der erste Erfolg, an dem der Sp.-Torwart nicht ganz schuldlos war. Die Schwarz-Roten versuchten nun den Vorsprung der R. zu egalisieren, scheiterten aber an der massiven R. Deckung. Bei einem der zahlreichen Sp.-Angriffe faulte ein R. Spieler in ihrem Strafraum. Der Schiedsrichter, der den obenstehend übersah dieses Vergehen großzügig und brachte die Sp. um den Ausgleich. Nicht allzu lange wiederholte sich das gleiche, aber auf der Spinnereiseite, ganz hart an der großen Strafraumgrenze. Piff des Schiedsrichters; was wird er geben? Anstatt einen Strafstoß, lautete seine Entscheidung auf Elfmeter, der dann auch zum 2:0 für R. führte und so das Halbzeitergebnis brachte. Im zweiten Durchgang waren die Gäste lange Strecken tonangebend, aber die meisten Angriffe unterband der Pfeifenmann durch unverständliche Entscheidungen, womit er den Unwillen der Spieler sowie der ganzen Spinnereianhänger hervorrief. Daß bei solch einseitigen Entscheidungen einigen Sp.-Spielern die Nerven davongingen und sie dem Schiri „ihre“ Meinung zum Ausdruck brachten, war falsch, da er erst recht die Sp. benachteiligte und noch den Mittelläufer wegen „Beleidigung“ vom Platz verwies. Trotzdem die Sp.-Mannschaft mit 10 Mann weiterzuspielen mußte und mitunter ganz brenzliche Situationen vor dem R. Gehäuse schuf, gelang es den R., ihr Tor sauber zu halten. Kurz vor Schluß ging R. nochmals zur Offensive über, um noch etwas zählbares zu erreichen, was aber nicht mehr gelang.

Man wünscht in Zukunft nur, daß die Schiribehörde mit solchen Platzschiedsrichtern reinen Tisch macht. Daß dem so war, kam am Sonntagabend in der „Sonne“ von einem R. zum Ausdruck, indem er zum Schiedsrichter sagte: „Trink nur, Du hast er verdient.“ Weiteres Kommentar überflüssig.

Die II. Mannschaften trennten sich 1:1. Die Jugend mußte in Ittersbach (nicht Spessart) gegen die körperlich stärkeren Ittersbacher mit 4:0 Toren Federn lassen.

Rekordversuche mit unschönem Vorspiel Streitigkeiten zwischen NSU und DKW

nen DKW-Rekordversuche wurden abgesagt. Walfried Winkler, der mit einer 220-ccm-Ladepumpenmaschine auf der Autobahn München-Ingolstadt vier internationale Klassenrekorde über die Meile und den Kilometer mit stehendem und fliegendem Start angreifen wollte, mußte diese Absicht aufgeben, weil das Zeitmeßgerät nicht eingetroffen war.

Bedauerlicherweise scheint diese Angelegenheit einen wenig schönen „Hintergrund“ zu haben. Winklers Manager Willig (Nürnberg) erklärte, das Zeitmeßgerät sei Winkler durch den deutschen Zeitnehmerobmann Kappel fest zugesagt worden, beim Eintreffen auf der Zollshofstraße des Flugplatzes München-Riem aber

Bilder der Woche



Bundesregierung stimmt Kehl-Vertrag endgültig zu

Unser Bild zeigt die Unterzeichnung des Vertrages in Straßburg. Am Tisch (von links) der Finanzminister Badens, Dr. Eckert, Staatspräsident Wohleb (während der Unterzeichnung) und Bürgermeister Frey von Straßburg, gleichzeitig Präsident des Verwaltungsrates des Straßburger Hafens



Beifall für Bundeskanzler Adenauer auf dem CDU-Parteitag Der Bundeskanzler erläuterte auf dem Parteitag der CDU in grundsätzlichen Reden seine Innen- und Außenpolitik

von einem Vertreter der NSU-Werke, an die das Gerät adressiert war, ausgelöst und Winkler unter Hinweis auf die für Mittwoch und Donnerstag vorgesehenen NSU-Rekordversuche vorhalten worden.

Zu diesem Vorfall erklärte NSU-Presseschef Westrup, die Veranstaltung am Mittwoch sei eine NSU-Angelegenheit. Sie sei von NSU organisiert und vorbereitet. „Wir können es nicht zulassen, daß Leute, die sich nicht die Mühe machen, derartige Versuche vorzubereiten, sich einfach an uns anhängen.“

Die Angelegenheit wird nunmehr wahrscheinlich durch die Sportbehörden untersucht werden müssen. Die Rekordversuche Winklers sollen, wie es heißt, bis zur Klärung aufgeschoben werden.

Deutsche Amateurboxer in Teheran eingetroffen

Die deutsche Amateurboxstaffel ist aus Frankfurt kommend mit einem Flugzeug der SAS in der persischen Hauptstadt Teheran eingetroffen. Die deutschen Boxer wurden von einer Gruppe persischer Boxer herzlich begrüßt und in Begleitung ihrer persischen Gastgeber mit Jeeps, die mit deutschen und persischen Fahnen geschmückt waren, durch die Straßen Teherans gefahren. Der ehemalige Weltmeister Max Schmeling wird von den persischen Stellen am Freitag in Teheran erwartet. In Anwesenheit des Schahs und der Kadetten der persischen Militärakademie werden die deutschen Boxer am Freitagabend gegen eine persische Staffel antreten.

Aus aller Welt

33 Erdbeben in 16 Stunden

Weste Katastrophe auf Formosa - Schon 115 Tote festgestellt

Taipeh (UP). Die Insel Formosa wurde am Montag innerhalb von 16 Stunden von 33 heftigen Erdbeben erschüttert. Unter der Bevölkerung der nationalchinesischen Hauptstadt Taipeh, in der selbst kein Schaden entstand, brach eine Panik aus. Überall auf der Insel eilten die Menschen ins Freie, während die Gebäude minutenlang unter den Erdstößen schwankten.

Auf einem 300 Kilometer langen Gebietstreifen an der Ostküste der Insel sind die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen unterbrochen. Durch Erdstöße wurden Straßen blockiert und Dämme in den Bergen zerstört. In Taichung ist eine Fabrik eingestürzt. Über die Verluste an Menschenleben liegen noch keine genauen Angaben vor. Hundert Menschen kamen im Gebiet von Hualien um, 18 fielen einer Explosion in einem Bergwerkschacht, die von dem Erdbeben verursacht worden sein soll, zum Opfer. Da viele Verkehrsverbindungen unterbrochen sind, geben diese Zahlen noch keinen endgültigen Überblick über das Ausmaß der Katastrophe.

Stürme über Süditalien

Rom (UP). Seit Tagen wird ganz Süditalien zwischen Kalabrien und Neapel von heftigen Stürmen und Regenfällen heimgesucht, die bisher 1-9 Todesopfer forderten, rund 5000 Menschen obdachlos machten und ungeheure Schäden an Gebäuden, Feldern, Straßen und Nachrichtenanlagen anrichteten. Mehrere Dörfer in Kalabrien sind völlig von der Außenwelt abgeschnitten, da alle Straßen und Brücken, die zu ihnen führten, zerstört wurden. Etwa 250 Häuser wurden bisher niedergelegt - teils riß der Sturm sie um, teils stürzten sie ein, als das Hochwasser ihre Fundamente einbrach.

Heftige Stürme herrschen gleichzeitig auch in französischen Sudan und im Senegal-Gebiet, wo die Zahl der Todesopfer auf sieben gestiegen ist. Mehrere Häuser gerieten durch Stürme in Brand.

Todesurteile in Belgrad und Tirana

Belgrad (UP). Ein Belgrader Bezirksgericht verurteilte einen Ingenieur wegen Spionage für das Kominform zum Tode. Sein Hauptmitarbeiter erhielt lebenslangliches Zuchthaus. Die übrigen 12 Angeklagten erhielten Zuchthausstrafen von 5 bis 18 Jahren. Wegen Spionage und Sabotage gegen das demokratische Regime Albaniens im Auftrag eines ausländischen Geheimdienstes wurden in Tirana zwei Personen zum Tode verurteilt, zwei zu lebenslanglichem Zuchthaus und zehn weitere Angeklagte zu Freiheitsstrafen zwischen 7 und 20 Jahren.

Formosa von Schrecken gejagt

Taipeh (UP). Die 6 Millionen Einwohner der Insel Formosa sind von Panik und Schrecken gejagt. Seit Montag wankt die Erde ununterbrochen, begleitet von einem dumpfen Grollen. Der am schwersten betroffene Teil der Insel, das Gebiet um die Stadt Hualien, gleicht einer großen Trümmerstätte. 80 Prozent aller Häuser sind eingestürzt, während sich durch klaffende Risse in den Uferdämmen des Hualienflusses die Wassermassen in die Straßen ergießen. Bisher sind mehr als 120 Menschen tot aus den Trümmern und den Fluten geborgen worden. Neue Erdstöße - seit Beginn des Bebens wurden annähernd 50 registriert - fordern stündlich neue Opfer.

Kommt der Hirsch-Tausch nicht zustande?

Eine alte Frage zwischen Schlottenbach und Sulzbach

Auf den Artikel „Tausch des Hurschgeländes“ vom 20. Okt. in der Ettlenger Zeitung über die Gemeinderatssitzung in Sulzbach teilt uns Bürgermeister Blödt (Schlottenbach) folgendes mit:

Mit diesem Beschluß hat der Gemeinderat Sulzbach von seinem Recht Gebrauch gemacht eine Entscheidung zu fällen wie er es für richtig hält. Die Gemeindeverwaltung Schlottenbach hat der Verwaltung in Sulzbach die Möglichkeit gegeben, das fragliche Gelände zu erwerben. Wie aus hiesigen Aktenvorgängen zu ersehen ist, war vor Jahren die Gemeinde Sulzbach stark daran interessiert, da für Sulzbach keine andere Möglichkeit besteht, landwirtschaftliche Gelände im Anschluß an ihre Gemarkung zu bekommen. Sulzbach selbst ist ja von fremden Gemarkungen sehr stark eingegrenzt. Wir wollten deshalb in Erkenntnis dieser Tatsache der Gemeinde Sulzbach die Möglichkeit geben, das Gelände in einer Fläche von 28,5 ha zu erwerben. Wenn sich der Gemeinderat aber jetzt nach dem Zeitungsbericht einmütig entschlossen hat, keine Verhandlungen zu führen und auf den Erwerb des Geländes verzichtet, so ist das seine Sache und somit auch für die Gemeinde Schlottenbach erledigt.

Nicht un widersprochen kann aber der Artikel vom 20. Okt. in der EZ bleiben, wonach sich die Gemeinde Sulzbach beim Erwerb des Geländes einen Schildbürgerstreich geleistet hätte. Ansehend sind entsprechende Aufierungen diesbezüglich innerhalb der Kollegiumsverhandlungen gefallen. Für die Öffentlichkeit in Sulzbach dürfte aber interessieren, daß wir seit einiger Zeit wegen dem Gelände überfragt sind. Die uns bereits von einigen Seiten gebotenen Pachtpreise sind eine für die Gemeinde Schlottenbach nicht zu verschätzende Einnahme, die immer jährlich wiederkehrt. In Anbetracht dessen, daß uns die Gemeinde Sulzbach vielleicht ein Stück Waldboden angeboten hätte, hätte eine Benachteiligung wahrscheinlich eher bei uns vorgelegen. Es hat aber den Anschein, daß ein früher für die Gemeinde Sulzbach verloren gegangener Prozeß ein mitentscheidendes Moment war, das aber nicht Schuld der Gemeinde Schlottenbach war. Diese Erkenntnis mit in Rechnung zu stellen, überlassen wir dem Gemeinderat Sulzbach und der Bürgerschaft dort. Dies als Richtschnur zu der Ansicht des Artikelschreibers.

Zu der Schlottenbacher Entgegnung geht uns von Sulzbach folgende Stellungnahme zu:

Herr Bürgermeister Blödt von Schlottenbach glaubt offensichtlich, aus dem von ihm kritisierten Artikel der EZ vom 20. Okt. die Unterstellung herauslesen zu müssen, die Gemeinde Schlottenbach habe sich bei dem besprochenen Angebot an die Gemeinde Sulzbach von der Absicht leiten zu lassen, die letztere zu überverteln. Davon kann natürlich keine Rede sein. Unbestritten dürfte wohl aber sein, daß die Gemeinde Schlottenbach bei ihrem Vorschlag bestimmt nicht selbst die Absicht gehabt hat, ein schlechtes Geschäft zu machen. Der Schlottenbacher Hursch liegt zwei Stunden von Schlottenbach entfernt, das erwünschte Sulzbacher Waldstück dagegen in unmittelbarer Nähe. Außerdem liegt schon seit vielen Jahren ein Sachverständigenurteil vor, aus dem eindeutig hervorgeht, daß der Schlottenbacher Hursch nicht zu den besten Böden gerechnet werden kann. Das Angebot war also wohl doch nicht ganz uneigennützig und entsprang kaum nur der Absicht, die gutschwarlichen Beziehungen zu Sulzbach zu stärken. Aber die Beweggründe der Schlottenbacher wurden in der besprochenen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats in Sulzbach überhaupt nicht diskutiert, infolgedessen entbehren die Rückschlüsse, die anscheinend aus der ablehnenden Haltung der Sulzbacher Gemeindevertretung gezogen werden, jeglicher Grundlage. Nach kurzer, von seltener Einmütigkeit getragener Beratung war der Gemeinderat in Sulzbach sich darüber im klaren, daß der Vorschlag von Schlottenbach, Ackerland für Wald einzutauschen, in diesem Falle ein selten schlechtes Geschäft wäre. Eine andere Ansicht darüber zu haben, bleibt Herrn Bürgermeister Blödt völlig unbenommen. Sein Standpunkt mag - subjektiv betrachtet - genau so richtig sein, wie der der Sulzbacher, es bleibt daher auch sein Recht, diesen zu wahren, nur ist nicht einzusehen, inwiefern der von ihm widersprochene Artikel vom 20. Okt. ihn dazu - und dann noch in der Form - bewegen mußte.

Daß die Gemeinde Sulzbach sich vor Jahren für den Hursch interessierte, spielt in diesem Zusammenhang heute wohl gar keine Rolle, denn erstens war das bereits im Jahr 1934 und zweitens wurde schon damals von

Sulzbach der Eintauch des Hursch gegen Wald genau so abgelehnt wie heute, so daß also keine Veranlassung besteht, aus der damaligen Fühlungnahme der beiden Gemeinden ein heute noch bestehendes Interesse der Sulzbacher am Erwerb des Hursch herzuleiten. Wenn schließlich Herr Bürgermeister Blödt es für notwendig hält, der Sulzbacher Gemeindevertretung Unsachlichkeit bei der Beratung über sein Angebot zu unterstellen, denn anders kann die Erwähnung des - wie er sich ausdrückt - für Sulzbach verloren gegangenen Prozesses nicht aufgefaßt werden, so muß dazu folgendes gesagt werden: Im Jahr 1949 klagte ein Schlottenbacher Einwohner die Gemeinde Sulzbach vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe auf Zahlung eines Schadensersatzes von 507,72 DM ein. Im Urteil wurden ihm statt dieser 507,72 DM nur 100 DM zugesprochen. Das Gericht verurteilte ihn zur Tragung von zwei Dritteln der Kosten, während der Gemeinde Sulzbach nur ein Drittel auferlegt wurde. Es bleibt der Öffentlichkeit überlassen, zu beurteilen, wer bei dieser Sachlage den Prozeß verloren hat, ganz abgesehen davon, daß nicht einzusehen ist, was dieser Prozeß mit der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats in Sulzbach und dem erwähnten Artikel der EZ zu tun haben soll.

Ettlengerweier

Ettlengerweier. Infolge hohen Alters sah sich die Witwe Rosa Heinz, die nahezu 20 Jahre lang die Schulreinigung besorgte, veranlaßt, ihr bisheriges Amt der Gemeindebehörde zur Verfügung zu stellen. Durch Gemeinderatsbeschluß wurde die Schulreinigung ab 1. November Fräulein Rosa Schnepf übertragen.

Zum weiteren Ausbau der Wasserversorgung wurde durch den Gemeinderat für den zweiten Bauabschnitt die Aufnahme eines weiteren Darlehens in Höhe von 25000 DM beschlossen.

Die Aufsicht über die örtliche Straßenbeleuchtung, Auswechslung von Lampen und Bedienung der Schaltuhr wurde dem Elektriker Bruno Luppig übertragen.

Der Holzmacherlohn wurde durch den Gemeinderat für Kahlhieb auf 5 DM, für Durchforstung auf 4,50 DM pro Ster und auf 3 DM für den Festmeter Stammholz festgesetzt. Es wird erwartet, daß sich zahlreiche ortsanhängige Bürger für die Holzmacherarbeiten melden, damit bei der bestehenden Brennholzknappeit das Holz so früh als möglich ausgegeben werden kann. Bei nicht genügender Meldung sieht sich die Gemeindeverwaltung veranlaßt, auswärtige Holzarbeiter zu diesen Arbeiten beizuziehen.

Die Auszahlung der Renten für den Monat November erfolgt am Montag, 29. Okt., für Kb- und Angestelltenrenten und am Mittwoch, 31. Okt., für Unfall- und Invalidenrenten jeweils von 13 bis 14 Uhr in der Posthilfsstelle.

Am 21. Okt. vollendete Frau Rosa Luppig in körperlicher und geistiger Frische ihr 73. Lebensjahr. Im Mai d. J. konnte die Altersjubiläum das seltene Fest der goldenen Hochzeit begehen. Trotz ihres hohen Alters ist sie noch vom frühesten Morgen bis zum späten Abend in der Haus- und Landwirtschaft tätig. Wir gratulieren der Jubilarin nachträglich und wünschen ihr noch so manche Jahre bei bester Gesundheit und Schaffenskraft.

Das sechs Jahre alte Kind Anton der Familie Bonrath wurde vor einigen Tagen auf der Rastatter Landstraße von einem Lastkraftwagen erfaßt und zur Seite geschleudert. Die erlittenen Kopfverletzungen führten erst jetzt zu erheblichen Beschwerden, so daß das Kind in das Krankenhaus überführt werden mußte.

Pfaffenrot

Rentenauszahlung

Pfaffenrot. Die Renten für den Monat November werden wie folgt ausgezahlt: Kb- und Angestelltenrenten am Montag, 29. Okt., vormittags 10 bis 12 Uhr; Unfall-, Invaliden-, Knappschafts- und Versorgungsanstaltenrenten am Mittwoch, 31. Okt., vorm. 10 bis 12 Uhr. Um pünktliche Abholung wird gebeten.

Nach Kanada

Um ihr Glück in der Ferne zu versuchen, haben sich aus Pfaffenrot am Dienstag nach Kanada aufgemacht: Hugo Hucker, Schreiner und Zimmermann, Willi Becht, Bäcker und Fabian Obreiter, Schmiedemeister. Sie hatten zum Teil schon nach dortigen Arbeitsplätzen Verbindung aufgenommen, zum Teil haben sie Empfehlungen mit. Der Abschied ist immer schwer. Glückauf, liebe Freunde! Vergeßt die Heimat nicht!

Bericht aus Spielberg

Obstaustellung am Sonntag

Spielberg. Der Obst- und Gartenbauverein bereitet zur Zeit eine Ausstellung vor, die am kommenden Sonntag, 28. Okt., im Saal des Gasthauses zur „Sonne“ in Spielberg stattfinden soll. Diese Schau wird einen Überblick über die Leistungsfähigkeit des Obstbaues in unserer Gemeinde bieten und außerdem die Besucher davon überzeugen, daß bei richtiger Behandlung der Obstbäume und bei intensiver Schädlingsbekämpfung die Erzeugung von hochwertigem, einwandfreiem Tafelobst auch im Albtal sehr wohl möglich ist. Die Ausstellung wird um 11 Uhr durch Diplom-Obstbauinspektor Groß (Augustenberg) eröffnet werden. Verschiedene Vereinsmitglieder haben ihre Obsterte noch nicht vollständig abgesetzt. Interessenten haben also Gelegenheit, schönes einwandfreies Tafelobst direkt vom Erzeuger zu erwerben.

Schöllbronn

Schöllbronn. Die Gruppe Textil und Bekleidung des Deutschen Gewerkschaftsbunds hält am Sonntag, 28. Okt., 14.30 Uhr eine Versammlung im Gasthaus zum „Engel“ in Schöllbronn ab.

Mannheimer Produktenbörse vom 22. 10.

Das Angebot an Brotgetreide und Braugerste haute am 22. Oktober weiter ab. In Hafet herrschte vorwiegend aus Bayern ein drückendes Überangebot. Die Nahrungsmittelindustrie zahlte für Spitzenqualitäten 40,50 bis 41,- DM. Millocorn fand nicht das erwartete Interesse. Weizenkleie, Weizenbollenmehl und Roggenkleie waren schwächer angeboten. Weizenmehle notierten 40 DM. Die Nachfrage nach Weizenheu hatte sich, ohne nennenswerte Preisänderung etwas belebt. Bei Stroh zeigte sich die Industrie für bindfadengepreßte Sorten zu 2,25 bis 2,50 DM frei Verladestation aufnahmefähig. Man erwartet Exporte nach der Schweiz. Am Kartoffelmarkt nahm die Zufuhr aus den benachbarten Erzeugergebieten bei leicht nachgebenden Preisen zu.

Zürcher Notenfremdwährskurse 23. 10. 22. 10.

Table with exchange rates for New-York (1 Dollar), London (1 Pf.), Paris (100 fr.), Brüssel (100 Belg. fr.), Mailand (100 Lire), Deutschland (100 DM), Wien (100 Sch.), Holland, Kopenhagen, Oslo, Sperrmark, Sperrmark New York, Berlin, etc.

Deutsche Wertpapierbörsen

Table with stock market data for Frankfurt, Adlerwerke, AEG, Brown Bov., Daimler, Degussa, Fordwerke, Siemens St., Siemens Vzg., Zellstoff Waldhoff, BMW, Deutsche Bank, Dt. Effekt. B., Dresdner Bank, Frankl. Hypothekbank.

Obstgroßmarkt Oberkirch

Preise am 22. Oktober: Äpfel 15-30, Birnen 24-26, Kastanien 29-30, Nüsse -, Quitten 57

Wettervorhersage

Tags überwiegend bedeckt und dunstig. Zeitweise auch noch Regen. Höchsttemperatur nicht über zehn Grad. Nachts örtlich Bewölkungsauflockerung mit Temperaturrückgang bis zum Gefrierpunkt, stellenweise Nebelbildung. Schwache bis mäßige nordöstliche Winde.

Barometerstand: Veränderlich. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +6°

Table with water level data for Rheinwasserstand am 23.10. Konstanz 289 (-1), Rheinleiden (-), Breisach 132 (+24), Straßburg 182 (+10), Maxau 331 (-2), Mannheim 172 (+8), Caub 106 (+3)

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlenger, Schöllbronn Straße 5, Telefon 187. Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Advertisement for Ratten (rats) and Raxon (shoes) with contact information for Badenia-Drogerie R. Chemnitz, Leopoldstraße 7.

Advertisement for Baumpfähle (tree posts) and Herren- und Damenfahrräder (bicycles) with contact information for Schumacher - Ettlenger, Albstraße 15.

Advertisement for Pilo (shoe polish) and Zimmerbüfett, Tisch u. Stühle (furniture) with contact information for Zimmerbüfett, Tisch u. Stühle zu kaufen gesucht.

Advertisement for Läftige Haare (hair care) and Junge Frau sucht ab sofort Bürostelle (job opening) with contact information for Drogerie R. Chemnitz and Leopoldstr. 7.

Advertisement for Heute Schlachttag (meat) and Gegen Schnecken (snail shells) with contact information for Gasthaus zum Kreuz and Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz.

Advertisement for Bücklinge (snails) and CICHON (food) with contact information for Reiner Bienenhonig and Deutscher Wermutwein.

Umschau in Karlsruhe

Volkswagenparer bekamen Recht

Neue Verhandlungen über die Guthaben Karlsruhe (UP). Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat das Urteil des Oberlandesgerichtes Celle im Volkswagen-Prozess aufgehoben und das Verfahren zur erneuten Verhandlung an das Oberlandesgericht Celle zurückverwiesen.

Vom Vorsitzenden des Ersten Zivilsenats im Bundesgericht wurde darauf hingewiesen, daß das Oberlandesgericht Celle zu prüfen habe, ob sich die erhobenen Lieferungsansprüche im Rahmen einer den veränderten Verhältnissen angepaßten Vertragsgestaltung durchführen lassen, ohne daß das Maß dessen überschritten werde, was einerseits dem Volkswagenwerk nach Treu und Glauben zuzumuten sei.

Herbsttagung der Landessynode eröffnet

Karlsruhe (epd). Die diesjährige Herbsttagung der Landessynode der badischen evangelischen Landeskirche wurde mit einem Gottesdienst in der Christuskirche in Karlsruhe eingeleitet, bei dem Landesbischof D. Bender die Predigt hielt.

Autobahnbrücken werden aufgebaut

Karlsruhe (Iwb). Das Bundesverkehrsministerium hat für das Rechnungsjahr 1951/52 Mittel in Höhe von insgesamt 900 000 DM für die Wiederherstellung von 4 Autobahnbrücken- und Unterführungen in Nordbaden vorgesehen.

Zwei Metzger rasten in den Tod

Karlsruhe (Iwb). In den Abendstunden rasten auf der Furmerheimer Landstraße bei Karlsruhe zwei Metzger, die von einem Schlachtfeld kamen, mit ihrem Kraftwagen beim Überholen mehrerer Personenwagen in der Höhe von Forchheim auf einen entgegenkommenden Omnibus.

Aus der badischen Heimat

Der Sarg war viel zu groß

Pforzheim (swk). In einem Ort des Landkreises Pforzheim sollte ein verdienter Mann beerdigt werden. Eine stattliche Trauergemeinde, darunter ein Gesangsverein und Abordnungen der Feuerwehr hatten sich eingefunden, um dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben.

16jähriger Gangster-„Chef“

Pforzheim (swk). Vor einigen Wochen waren nach einem Einbruch fünf Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren festgenommen worden. Nicht weniger als 36 schwere Diebstähle konnten ihnen nachgewiesen werden.

Von Besatzungssoldaten übel zugerichtet

Mannheim (Iwb). Ein 20jähriger Lehrling aus Ludwigshafen wurde nachts von amerikanischen Soldaten in einer Mannheimer Straße niedergeschlagen und schwer verletzt.

hürnerschütterung davontrug. Als die MP eintraf, waren die amerikanischen Soldaten bereits verschwunden.

Stellvertretender Kurdirektor geht

Baden-Baden (Iid). Der stellvertretende Kurdirektor von Baden-Baden, Ritter von Heiligenbrunner, wird Ende dieses Jahres aus der Bäder- und Kurdirektion ausscheiden.

220 000 Mark für Reben-Züchtung

Baden-Baden (Iid). Im Haushaltsplan des Bundesernährungsministeriums für 1951/52 sind 220 000 DM als Zuschuß für die Forschungsgesellschaft für Reben-Züchtung in Baden-Baden vorgesehen.

Ausbau der Freiburger Augenklinik

Freiburg (Iids). Die Freiburger Universitäts-Augenklinik, die in dem früheren Sanatorium Rebbau an der Wohnhalde untergebracht ist, erhielt jetzt einen modernen Anbau für ihre Ambulanz.

Kreuz und quer durch Baden

Heidelberg. Der Freiwirtschaftsbund, der seinen Sitz in Ziegelhausen bei Heidelberg hat, hält seinen Bundestag am 9. und 10. November in Heidelberg ab.

Rastatt. Die Stadt Rastatt will mit einem Kostenaufwand von 50 000 DM auf dem Marktplatz an der Kapellenstraße einen Autobahnhof errichten.

Freiburg. Die Freiburger Bauhandwerksbetriebe haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um Aufträge von der französischen Militärverwaltung zu erhalten.

Neuwahlen oder Verlängerung?

Landtagspräsident Person: „Die Regierung muß entscheiden“

Freiburg (Iwb/Iids). Der Landtagspräsident Dr. Person erklärte, die Regierung von Südbaden müsse nach der Nichtigkeitserklärung des ersten Neugliederungsgesetzes über die Verlängerung der Landtagsperiode in Baden und Württemberg-Hohenzollern durch das Bundesverfassungsgericht nunmehr entscheiden, ob das von badischen Landtag am 28. Februar dieses Jahres beschlossene Verfassungserweiternde Landesgesetz über die Verlängerung der Amtsperiode des badischen Landtags durchgeführt, oder ob Neuwahlen ausgeschrieben werden sollten.

Person fügte hinzu, daß er seine Geschäfte weiterführen werde, bis ein neuer Landtag zustande gekommen sei. Sobald er es für nötig halte, werde er den vom Landtag gewählten zehnköpfigen „Ausschuß der Volksvertretung“ unter seinem Vorsitz einberufen.

Der „Ausschuß der Volksvertretung“ tritt nach Artikel 65 der badischen Verfassung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Landesregierung, zur Behandlung dringender Angelegenheiten für die Zeit außerhalb der Tagungen, nach Beendigung einer Wahlperiode oder nach Auflösung des Landtages zusammen.

Verfassungsrechtliche Situation verworren SPD und FDP haben in Südbaden beim Landtagspräsidenten die Einberufung des Ausschusses der Volksvertretung beantragt, damit dieser anstelle des nicht mehr existie-

renden Landtages die notwendig gewordenen Neubesetzung des badischen Staatsgerichtshofes vornehme. Beide Parteien hatten beim Staatsgerichtshof Klage gegen das badische Landeswahlgesetz eingereicht, das mit einer CDU-Mehrheit verabschiedet worden war.

Wie der Fraktionsvorsitzende der südbadischen FDP erklärte, wird seine Partei voraussichtlich Wahlenthaltung üben, wenn die badische Regierung Neuwahlen nach dem neuen Landeswahlgesetz ausschreiben sollte, weil die FDP dieses Gesetz für verfassungswidrig halte.

Tübingen vor dem „Staatsnotstand“

Wie in diesem Zusammenhang aus Tübingen berichtet wird, schafft die Nichtigkeitserklärung des ersten Neugliederungsgesetzes (Verlängerung der Legislaturperiode des südwürttembergischen und des südbadischen Landtags) verwickelte rechtliche Probleme. Ein neuer Landtag kann in Südwürttemberg nicht gewählt werden, weil das seinerzeit vom Parlament verabschiedete Wahlgesetz infolge eines alliierten Vetos nicht rechtmäßig ist.

Aus den Nachbarländern

Kredit für Karlsruher Siemens-Werk

Der Finanzausschuß des Landtags tagte Stuttgart (Iwb). Der Finanzausschuß des württemberg-badischen Landtages genehmigte eine überplanmäßige Haushaltsausgabe in Höhe von 1,9 Millionen DM zur Deckung der Hagelschäden in Nordwürttemberg. Wie im Ausschuß mitgeteilt wurde, hat die Hagelversicherung für Nordwürttemberg in diesem Jahr eine Prämienrechnung von rund 2188 000 DM aufgestellt, wovon durch die Prämien der versicherten Bauern nur 300 000 Mark gedeckt sind.

DGB-Protest gegen Stromkürzungen

Stuttgart (UP). Gegen die vom Wirtschaftsministerium angeordneten Stromkürzungen in Württemberg-Baden protestiert der DGB-Betriebsrat in Südwestdeutschland in einer Erklärung. Die Gewerkschaftsleitung stellt fest, daß besonders für die südwestdeutsche verarbeitende Industrie die Belieferung mit Strom außerordentlich wichtig sei.

Großfeuer in 300 Jahre altem Gebäude

Biberach/Riß (Iids). In einem 300 Jahre alten Gebäude der Steigmühle in Biberach entstand ein Brand, der sich so schnell ausbreitete, daß der Dachstuhl zusammenbrach, noch ehe die Feuerwehr angerückt war.

Lienzinger Umgehungsstraße fertig

Vaihingen/Enz (hp). Schon vor dem Kriege wurde an dem Projekt der Lienzinger Umgehungsstraße gearbeitet. Jetzt konnten endlich die Arbeiten abgeschlossen werden. Die Straße, die bisher den Verkehr aufzunehmen hatte, wurde täglich von über 3000 Fahrzeugen befahren.

Glasindustrie tagte in Bad Dürkheim

Bad Dürkheim (Iwb/Iids). Der DVP-Landtagsabgeordnete Nischwitz forderte die Unternehmer auf, sie sollen sich mehr als bisher „politisch herausstellen“.

ALLE WEGE führen zu Dir UEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER

„Guten Tag, Missy“, sagte er und grinste über das ganze Gesicht, so daß man seine lückenhafte Zähne sah. „Wo will Missy hin?“ Einen Moment lang zögerte Jennifer, ehe sie sich in die Rikscha setzte.

schen Gesichtszügen, Philippinen, darzwischen wieder Europäer, typische Engländer und geschneigte, dunkelhaarige Franzosen. Die hochgewachsenen, schönen Chinesinnen in der eng anliegenden Kanton-Tracht warfen den Männern aus ihren dunklen Augen lockende Blicke zu.

An den Straßenecken standen indische Sikhs, die den Polizeidienst versahen, hochaufgeschossene Gestalten mit dunklen Bärten, respektvoll aussehend und von allen Eingeborenen gefürchtet. Jennifer genoß das bunte, wirbelnde Bild. Sie atmete tief auf, nein — sie spürte nicht die glühende Hitze, sie hatte zum ersten Mal in ihrem Dasein das Gefühl, wirklich zu leben.

auf Schwester Elizabeths Urteil wartete. Was nützte es, daß man gut aussah, wenn man diese Schönheit hinter den feuchten Mauern einer schmutzigen Pension in Soho vergraben mußte? Was hatte ein junges, swanzig-jähriges Mädchen von dieser Schönheit, wenn sie keiner sah? Jennifer stand allein auf der Welt, ihre Eltern lebten nicht mehr, ein alter, griessgrümliger Onkel hatte aus irgendeinem Familiengefühl heraus Jennifers Ausbildung zur Krankenpflegerin bezahlt, aber nach dem Examen verlangt, daß sie nun auf eigenen Füßen stehen sollte.

„Will Missy nicht lieber woanders hin? Chinesenstadt nicht gut für weiße Frau heute Streik im Hafen!“ Jennifer blickte sich um. Das Gewimmel war ärger geworden. Eine aufgeregte Masse von Eingeborenen drängte sich in den engen Straßen. Unfreundliche Blicke streiften das junge Mädchen in seinem weißen Mantel. Doch für Jennifer war die Lockung zu groß. Wer weiß, wann sie wieder einmal hierher kam. Sie wollte die kleinen offenen Geschäfte der Chinesen sehen, wo es die berühmten Elfenbeinschnitzereien gab, sie wollte einmal Reis

aus einer der Hunderte von öffentlichen Küchen essen, sie wollte das ganze wirbelnde bunte Bild in sich aufnehmen. Was sollte ihr geschehen? „Weiter, Ling“, sagte sie freundlich, „fahr mich zum Perfluß, dort, wo die vielen Dachhaken liegen.“ Es war so, als ob Ling einen Moment zögerte, aber dann bog er geboramen in eine enge Gasse ein. Er wagte dem Befehl einer weißen Frau nicht zu widersprechen.

II. Kapitel

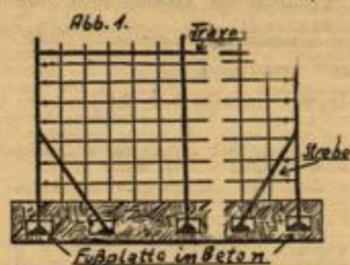
Man kam jetzt nur noch schrittweise vorwärts. Schmutzige Hände streckten sich Jennifer entgegen, bettelnde Kinder, in Lumpen gehüllt, den Kopf kahlgeschoren bis auf ein Haarbüschel in der Mitte, ließen schreiend hinter der Rikscha her. Jennifer beging die Dummheit, einem kleinen Jungen ein paar Münzen zuzuwerfen. In wenigen Sekunden hatte sie einen ganzen Schwarm von Kindern um sich herum, von denen einige sogar probierten, in die Rikscha zu klettern. Ling fluchte und versuchte, die Kinder fortzuschleichen. Er achtete deshalb nicht auf die Straße und sah nicht, daß im gleichen Augenblick aus einer Nebengasse eine Rikscha einbog, in der ein Chineser saß. Ein heftiger Zusammenstoß erfolgte, die leichte Rikscha Jennifers wurde wie eine Feder beiseite geschleudert und kippte um. Jennifer landete mitten in dem Haufen schreiender, lachender und brüllender Kinder. Sie schlug sich heftig das Knie auf, aber sonst war nichts geschehen. Eine dicke Menschenmenge umschloß nun die beiden Rikschas mit den schimpfenden Kulis. Schmutzige Kinderhände klammerten sich an Jennifers Mantel, so daß sie sich nicht freimachen konnte. Erschrocken sah sie sich um. Kein Europäer war in der Nähe. Arbeitskulis in blauen Blusen drängten sich heran, ein Japaner griff nach Jennifers Handtasche. (Forts. folgt)

LAND + GARTEN

Platzersparnis durch Wand- und Freispalier

Bei beschränkter Gartenfläche wird der Gartenbesitzer auch heute noch dazu übergehen, Spalierbäume zu ziehen. Den wenigsten Platz nimmt der senkrechte Schnurbaum ein; er trägt gut Spalierbäume der verschiedensten Bäume kommen am freien Spalier oder an senkrechten Stützstäben gut vorwärts.

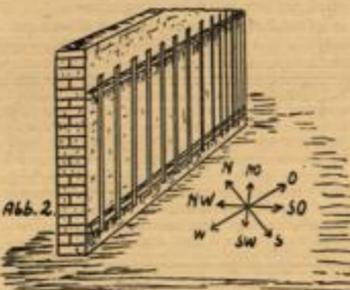
Die sonnigen Winde von Häusern, Stein- und Holzzäunen sind die geeigneten Plätze für Obstpaliere. Es lassen sich aber auch Freispalier herrichten, wie Abbildung 1 ein solches veranschaulicht. Es ist ratsam, solche



freistehenden Spalier nur aus Eisen oder verzinktem Draht zu bauen, damit sie den Witterungseinflüssen, die von allen Seiten hier Angriffspunkte finden, auch trotzen können.

Ihre Höhe über dem Erdboden soll zwei Meter betragen, da zu niedrige Spalier nicht ausreichen. Um zu verhindern, daß sie den Blüten und Obststrüchern des Gartens dann die Sonne rauben, müssen sie in der Richtung von Norden nach Süden gesetzt werden. Die Pfosten bestehen am vorteilhaftesten aus Eisenrohren, wie man solche auch an Maschendrahtzäunen hat. Alte Gasrohre lassen sich aber auch gut verwenden. Jeder Pfosten erhält eine Fußplatte aus Eisen, die in einen Betonblock zu betten ist. Die Eckpfosten sind durch seitliche Streben gegen Zug und Druck durch zu spannenden Drähte zu sichern. Verbindet man die Pfosten oben durch eine Traverse, so ist einwandfreie Stabilität erreicht. Die Verbindungen sollen durch Nietungen oder durch Verschraubung hergestellt werden.

Die Drähte spannt man waagrecht in Abständen von je 25 Zentimetern. Entweder steckt man durch die Bohrlöcher der Pfosten entsprechende Ringschrauben oder Dornen, oder befestigt die Spalierdrähte mit einer einfachen Schlinge. An die Drähte kommen noch die senkrechten Latten, die man mit Binddraht anheftet.



Der Pflanzboden unter dem Spalier ist gut vorzubereiten und zu düngen. Bis auf 70 Zentimeter Tiefe ist der Boden gründlich zu lockern. Den Pflanzgruben gebe man gute Komposterde, vermischt mit Lehm, Kalk und verrottetem Dung. Handelt es sich aber um ein späteres Weinspalier, so ist ein breiter

Winterlicher Rückschnitt der Formbäume

Graben auszuheben und mit bester Düngergesteine, Kuhmist, Lehm, Holzasche, Bauschutt und viel Kalk wieder auszufüllen.

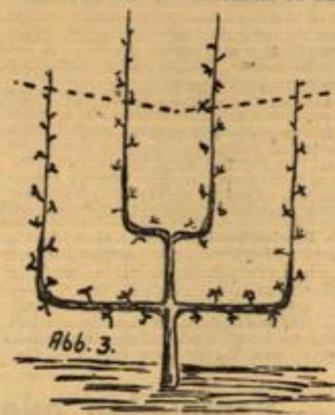
Pflirsche eignen sich ganz besonders zur Spalierzucht; Aprikosen jedoch nicht, da sie keinen starken Schnitt vertragen. Aprikosen neigen mehr zum Verwildern, darum soll man sie als Buschbäume einen Meter von der gekalkten Mauer entfernt pflanzen. Zu Spalieren empfehle ich folgende Pflirscharten: Alexanderpflirsche, Proskauer Pflirsche und Amsden. Sehr viele Apfel- und Birnensorten gedeihen vorzüglich an Spalieren. Ich nenne: Goldreinette von Blenheim, Charlamowski, Gelber Bellefleur, Goldparmine, Landsberger Reinette, Peasgoods Sondergleichen, Cox Orangenreinette, Baumanns Reinette, Andersleber Kalvill, Ontarioapfel, und von den Birnen: Klapps Liebling, Diels Butterbirne, Köstliche von Charneu Gellers Butterbirne, Kongreßbirne und Williams Christbirne. Von den Kirschen läßt sich nur die Schattenmorelle als Spalier ziehen.

Abbildung 2 zeigt ein Spaliergerüst aus Holz. Zwei waagerechte Längslatten, die gut befestigt werden müssen, tragen senkrechte Latten. Man baut sich auf der Erde das ganze Gerüst fix und fertig und bringt es dann erst an die Wand. Ein späteres Anheften der senkrechten Latten würde die Befestigung an der Wand lockern.

Vor dem Mauerspazier ist in dem Sand eine Windrose dargestellt worden. Es ist daraus ersichtlich, daß das Spalier nach Süden gerichtet ist. Die Südseite ist die allergünstigste Lage für Weinreben, Pflirsche, Winteräpfel und Winterbirnen. Südost- und Südwestlagen sind ebenfalls empfehlenswert. Hat man aber nur Nordost- und Nordwestwinde zur Verfügung, so kann man hier alle Sommeräpfel und Sommerbirnen bzw. Schattenmorellen pflanzen. Unsere dritte Zeichnung zeigt eine U-Form mit zwei Astpaaren, also mit insgesamt vier Ästen. Beim Kauf einer solchen U-Form sollte man darauf achten, daß der Abstand der einzelnen Äste 40 Zentimeter

beträgt. Eine U-Form mit nur zwei Astpaaren ist stets einer solchen mit drei Astpaaren vorzuziehen. Auf keinen Fall gebe man über drei Astpaare hinaus; ebenfalls lehne man Bäume mit gerader Astzahl ab.

Der Baumschnitt solcher Formbäume zielt darauf ab, die einmal festgelegte Form zu halten und recht viel Fruchtholz zu bilden.



Im Winter sind die Leitäste zu kürzen. Die punktierte Linie zeigt, daß der Rückschnitt nach der Mitte hin größer vorgenommen werden muß. Es dürfte wohl einleuchten, daß die inneren Äste stets schneller und kräftiger wachsen, da der Weg des Nahrungsaftes hier kurz ist, während die äußeren Äste nur langsamer nachkommen können. Sowie die Endknospen der Leitäste im Sommer lang ausgetrieben haben, werden sie an den senkrechten Spalierlatten mit Bast angebunden.

Winke für den Geflügelhalter

Gänsemast hinterm Lattenverschlag

Den Hühnern gewähren wir Auslauf in den Garten. Beim Graben des Landes verzehren sie dann eine Menge Schädlinge, die an die Oberfläche geworfen wurden. Bei regnerischer Witterung sollen die Hühner in einem geschützten Raum oder Auslauf mit Scharrmöglichkeit Zuflucht finden können. Den Scharraum richten wir mit Spreu her, der wir Körner beimischen, damit die Tiere zum fleißigen Scharren angeregt werden. Hühner, die jetzt zu wenig Bewegung haben, leiden häufig an Erkältungskrankheiten. Ist der Hühnerstall kalt, so werden die Wände mit Dachpappe oder Strohmatten bekleidet, um die Wärme im Stall zu halten, und der Fußboden wird mit reichlich Torfmoos ausgestreut.

Die Frühbruthennen fangen nun an zu legen. Man trage Sorge für ausreichend genug Nester, deren Bodenfläche 35 bis 40 Zentimeter im Quadrat betragen soll. An der Vorderseite ist unten ein 15 Zentimeter hohes Brett anzunageln und darüber eine 20 Zentimeter große Schlupföffnung zu lassen. Damit sich nicht leicht Ungeräte einnistet, empfiehlt es sich, den Boden mit Maschendraht zu bespannen, so daß stets frische Luft durch das Neststroh ziehen kann. In jedes Nest kommt ein Ei aus Porzellan.

Die jungen Gänse stehen jetzt an zur Mast. Da die Weide nicht mehr viel bietet, ist als beste Methode zu empfehlen, die Gänse in kleine Ställe einzusperren, wo sie gemästet werden. Hier sollte man einen Lattenverschlag anlegen. Die Latten sollen soweit voneinander entfernt sein, daß die Gänse gut mit den Köpfen hindurch können. An einer Seite entlang der Lattenwand werden Futterbehälter und Trinkgefäße aufgestellt, auf der anderen Seite bewegen sich die Gänse.

Das Anlegen von Kartoffelmietenstellen

Man grubert die Stelle, wo die Miete angelegt werden soll, auf, alsdann spannt man die Zugtiere vor den Schneepflug und streicht den aufgeburteten Boden genau wie den Schnee zur Seite.

Mehr Sparsamkeit in der Pferdefütterung

Möhren geben eine vorzügliche Grundlage während des Winters

Noch immer dominiert in der Pferdhaltung unserer Betriebe auch in Ruhezperioden die Hafer/Heufütterung, die sich in der Regel so vollzieht, daß etwa 5 kg mittleres Weizenheu, 6 kg Hafer und saft Stroh verabreicht werden. Bei leichter bis mittlerer Arbeit werden von einem Pferd mit 600 kg Lebendgewicht rd. 600 g Eiweiß und 5000 g Stärkewerte benötigt. In der obigen Ration sind aber rund 700 g Eiweiß und 5000 g Stärkewerte enthalten. Es ergibt sich also ein Uberschuß von 100 g Eiweiß, der für die Erzeugung von fast 2 kg Milch bereit gestellt werden könnte. Noch größer wird die Verschwendung, wenn gutes oder gar vorzügliches Heu in die oben angegebene Futtermischung eingebaut wird oder wenn die Pferde vollkommene Ruhe haben, was ja im Winter hauptsächlich in Grünlandbetrieben der Fall ist. Beim arbeitenden Pferd soll das Eiweiß-Stärkewert-Verhältnis je nach Schwere der Arbeit etwa 1:3 bis 1:4 liegen. Verengt sich dieses Verhältnis etwa auf 1:7 oder gar 6 und 5, wie das in den zuvor erwähnten Beispielen der Fall ist, dann bedeutet das eine nicht zu vertretende Eiweißverschwendung und letztlich auch Flächenverschwendung, die zu Gunsten des Milchviehs unter allen Umständen zu vermeiden ist. Es gehört daher nicht das beste Heu in den Pferdestall, sondern in den Kuhstall, in dem ein Eiweißerzeugnis, die Milch, produziert wird.

Das Pferd hat Arbeit zu verrichten; Arbeit wird aber am billigsten aus Kohlehydraten

geleistet, da das Pferd mit bestem Erfolg mit Futtermitteln ernährt werden kann, und das ganz besonders in ruhigeren Zeiten, die einen höheren Haferertrag bringen als etwa Hafer und Heu; ich denke da in erster Linie an die Futterhackfrüchte. Nachfolgend sollen nun die bei der Fütterung der Pferde möglichen Austauschfüttermittel und deren mengenmäßiger Einsatz kurz erwähnt werden.

1. Rüben. Für die Pferdefütterung eignen sich in erster Linie Gehalterrüben. Man kann von diesen bis zu 20 kg pro Tag und Tier geben. Sie ersetzen etwa 2-3 kg Hafer. Bei der Rübenfütterung sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß diese vorher gründlich gesäubert werden. Selbstverständlich eignen sich auch Zuckerrüben für die Pferde; sie können allerdings nicht ganz in den Mengen gegeben werden, wie die Gehalterrüben. 15-18 kg Zuckerrüben ersetzen etwa 2-3 kg Hafer. Die Rüben können unzerkleinert vorgelegt werden.

2. Futtermöhren. Sie stellen wohl das beste und gesündeste Futter für Pferde und Fohlen dar. Weiße und grünköpfige Riesenspindelrüben sind wahrscheinlich gegenüber den gebrotenen Sorten nach Geschmack und Vitamingehalt etwas weniger wertvoll. Als Futtergrundlage kann man bis zu 20 kg Möhren geben. Dabei ist zu beachten, daß die Möhren vielleicht noch etwas stärker die Verdauung fördern als entsprechende Mengen anderer Rüben. Man achte bei in dieser Hinsicht empfindlichen Tieren darauf, daß durch reichliche Heumengen nicht nur eine Anreicherung des Eiweißes stattfindet (die Möhren enthalten es ja nur in geringen Mengen), sondern daß so auch etwaigem Durchfall vorgebeugt wird.

3. Zucker- und Trockenschnittel. Frische Zuckerschnittel sind ein sehr brauchbares Futter für Pferde. Je Tag kann man bis zu 3 kg verabreichen, die etwa 3 kg Hafer ersetzen. Trockenschnittel gehören in erster

Linie an, wenn Futtertrögler der Wiederkäuer. Bei der Verfütterung an Pferde ist darauf zu achten, daß sie vorher gut ausquellen. Da die Trockenschnittel leicht säuern, müssen die Quellgefäße nach jeder Benutzung gut ausgewaschen werden. Als Höchstgabe kommen ebenfalls 3 kg in Frage.

4. Kartoffeln. Selbstverständlich gehören Kartoffeln zuerst in den Schweinestall. Nur dort, wo sehr reichliche Mengen vorhanden sind, kann man diese auch im Pferdestall verwenden unter gleichzeitiger Beigabe von gutem Heu. Es ist gleichgültig, ob die Kartoffeln roh, frisch gedämpft oder eingeweicht sind, sobald sich die Tiere daran gewöhnt haben, nehmen sie diese ohne weiteres auf.

5. Gärfutter. Für die Pferdefütterung eignet sich sehr gut Maisgärfutter. Man kann davon bis zu 20 kg je Tag reichen.

6. Rote Beete. In einigen Betrieben werden auch Rote Beete in der Pferdefütterung eingesetzt. Mit Gaben von 15 kg Roten Beeten in Verbindung mit 1,5 kg Weizenkleie und 1,5 kg Hafer sowie saft Futterstroh hat man gute Erfahrungen gemacht.

Zu diesen oben angeführten Austauschfüttermitteln empfiehlt es sich, die Wurzelfrüchte entweder vor oder nach einer kleinen Ration Hafer/Häckselgemenge gesondert zu verabreichen. Man würde etwa 1,5 bis 2 kg Hafer geben und saft Stroh oder auch geringwertiges Heu, beispielsweise Graben- oder Wallheu. Dadurch läßt man auch den Tieren das erforderliche Minimum an Eiweiß zukommen, zumal gerade die oben angeführten Austauschfüttermittel sehr eiweißarm sind. Schwitzen die Pferde leicht, dann ist das Eiweiß-Stärkewert-Verhältnis zu weit geraten; es muß dann durch Hafer entsprechend verengt werden. — Bei tragenden Stuten ist natürlich ein engeres Eiweiß-Verhältnis, etwa 1:3, erforderlich, das durch höhere Hafergaben und gutes Heu erreicht werden kann.

Das Gemüseland im November

Mit Mistkompost düngt man erst im Frühjahr

Die Ernte geht ihrem Ende entgegen. Alle Beete, die kein Gemüse zur Überwinterung oder für die Frühjahrsernte tragen, werden unter Ausnutzung des offenen Wetters abgeräumt, grobschollig umgegraben, gesiebt und gedüngt. Besonders wertvoll ist stark verrotteter Dung, den wir flach untergraben, um eine schnellere Zersetzung zu erreichen. Dann können Witterung und Frost auf den Boden einwirken. Wo Mistkompost zur Verfügung steht, wird das Land jetzt nicht gedüngt, sondern der Dung im Frühjahr erst flach in das Land eingehackt. Um den allgemeinen Kalkmangel unserer Böden zu befriedigen, streuen wir je Quadratmeter 200 bis 400 Gramm Branntkalk, wobei die geringe Kalkmenge für leichte Böden gedacht ist.

Kranke Pflanzenreste, Zinnkraut- und Windenwurzeln, Quecke und reifes Unkraut übergeben wir dem Scheiterhaufen; alle anderen Abfälle und das übrige Laub bereichern den Komposthaufen, der nun noch einmal gründlich durchgearbeitet und schrägwandig aufgesetzt wird. Die Zugabe von Thomasmehl je Schicht gibt der späteren Komposterde die erforderliche Vorfrühdüngung, einen Düngergehalt, den gute Erde haben muß. Bekanntlich enthält Thomasmehl 50 Prozent Kalk, bis 18 Prozent Phosphorsäure sowie Magnesium und Kieselsäure.

Wo im nächsten Jahr besondere Kulturen angelegt werden sollen, wie Spargel, rigolen wir das Land. Bereits eingerichtete Spargelbeete werden gesäubert, mit verrottetem Dung und je Quadratmeter mit 80 Gramm Kalk und

40 Gramm Thomasmehl gedüngt, umgegraben und eingeebnet.

Speiserüben, Kohlrabi, Mohrrüben, Sellerie, Meerrettich werden im Keller in Sand eingeschlagen. Die Nebenwurzeln des Meerrettich schneiden wir vorher ab und schlagen sie im Garten ein. Kohl hält sich am besten in der Erdmiete von 1,25 Meter Tiefe frisch, die oben schräg abgedeckt wird.

Grün-, Rosen- und Kuckkohl vertragen keinen Frost. Beim Rosenkohl entferne man keinesfalls die großen Blätter, da diese die Pflanze vor Frostschäden schützen.

Feldsalat, Schwarzwurzel, Winterporree, Petersilie und Pastinake sowie eine Reihe ausdauernder Kräuter, wie Estragon, Pfefferminze, Salbei, Thymian und Lavendel deckt man gegen Frost mit Laub oder verrottetem Dung zu. Die im Freien gelassenen Wurzelgemüse sind zwar winterhart, doch soll durch leichten Winterschutz erreicht werden, daß der Boden nicht zu leicht friert, damit das Ernten im Winter nicht zu schwierig wird.

Bohnen- und Tomatenstangen sowie Erbsenreiser werden trocken gelagert. Die Frühbeetfenster kommen unter Dach, werden ausgebessert, verglast und verkittet. Frühbeetkästen, sofern sie in den Erdboden eingeschlagen sind, werden zweckmäßig mit trockenem Laub, das wir im Frühjahr gleich zum Pflücken des Kastens verwenden können, oder verrottetem Dünger gefüllt, damit der Boden nicht zu tief friert; denn schon zeitig im Frühjahr wollen wir das Frühbeet für wichtige Aussaaten herrichten.

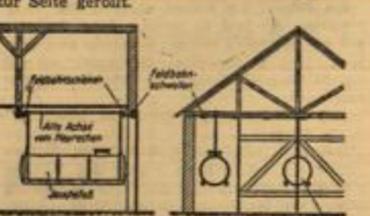
Eine Rolle dient als Laufschiene

Leichtes Auf- und Abladen der Jauchefässer

In kleinbäuerlichen Betrieben, in denen kein besonderer Jauchewagen zur Verfügung steht, bereitet das Auf- und Abladen der Jauchefässer meistens Schwierigkeiten. Ich wende zur Erleichterung dieser Arbeit folgenden Hilfsmittel an:

An den quer zur Fahrtrichtung des Schuppens führenden Tragebalken-Unterzügen wird je eine Feldbahnschiene derart befestigt, daß diese nach oben freistehen und daher einer Rolle als Laufschiene dienen können. (Abb.). Nun werden an einer entsprechend langen Achse (alte Achse vom Heurachen) zwei Rollen befestigt. Diese müssen jedoch gegen Ausheben und Abgleiten gesichert, nach Art der Flaschenzugrollen in der Mitte ausgespart sein und mit den Seitenwänden über die Schiene hinwegfassen. An der Achse werden zwei starr herabhängende Haken befestigt, und zwar so, daß diese ungefähr 10 cm über dem darunter gefahrenen Jauchefaß hängen. Jetzt kann ohne große Anstrengung ein einzelner Mann das Faß mühelos abladen, indem die Haken in die am Faß befindlichen Ringe

eingehakt werden. Nun wird der Wagen unter dem hängenden Faß hervorgezogen. Das nun in der Mitte der Fahrbahn des Schuppens freischwebende Faß wird, da es ja an einem Wagen auf Schienen hängt, leicht zur Seite gerollt.



Beim Aufladen wird erst das Faß in die Schuppenmitte befördert, der Wagen darunter geschoben und das Faß vom Wagen aus abgesetzt.